

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstellen:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 34.

Freitag, den 9. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Der Aufstieg der Sozialdemokratie.

Die Wahlschlacht vom 12. Januar 1912 ist geschlagen und wir haben unsere wohlverdienten Siege eingeholt. Mit Stolz konnten wir konstatieren, daß die Zahl der für die sozialistischen Kandidaten im ersten Wahlgange abgegebenen Stimmen von 3 258 734 oder 28,9 Prozent aller gültigen Stimmen im Jahre 1907 auf 4 250 329 oder 34,9 Prozent aller gültigen Stimmen im Jahre 1912 gestiegen ist. Im Vergleich zu der Zahl aller abgegebenen gültigen Stimmen ist also unsere Stimmenzahl in diesen letzten fünf Jahren um 6 Prozent gewachsen.

Natürlich verteilt sich diese Steigerung nicht gleichmäßig über das ganze Reich. In einigen Gegenden haben wir raschere, in anderen langsamere Fortschritte gemacht. Dies im einzelnen kennen zu lernen, hat für uns nicht nur ein theoretisches, sondern auch — insbesondere für die Propaganda — ein eminent praktisches Interesse. Wir haben daher auf Grund der nunmehr vorliegenden amtlichen Berichte über die Wahlergebnisse eine Berechnung aufgestellt, wieviel Stimmen wir in den einzelnen Staaten erhalten haben, welchen Prozentsatz dies von den überhaupt abgegebenen gültigen Stimmen ausmacht und wie groß infolgedessen das Wachstum der sozialistischen Stimmen, gemessen an der Gesamtsumme der gültigen Stimmen in den einzelnen Staaten und Landesteilen ist. Hier das Ergebnis der Berechnung:

Staat oder Landesteil	1907		1912		Zunahme der sozial. gültigen Stimmen
	Sozialistische Stimmen	in % aller gültigen Stimmen	Sozialistische Stimmen	in % aller gültigen Stimmen	
Provinz Ostpreußen	44 730	13,5	51 479	14,8	+1,3
Provinz Westpreußen	19 925	7,0	28 282	9,7	+2,7
Berlin	251 215	66,2	307 762	74,0	+8,7
Provinz Brandenburg	291 930	40,6	418 848	49,1	+8,5
Provinz Pommern	60 474	19,9	77 390	24,0	+4,1
Provinz Posen	6 510	1,9	12 967	3,8	+1,9
Provinz Schlesien	166 029	20,6	236 332	27,9	+7,3
Provinz Sachsen	206 654	35,7	265 991	42,7	+7,0
Provinz Schleswig-Holstein	113 348	38,9	127 375	40,3	+1,4
Provinz Hannover	142 767	26,5	187 156	31,8	+5,3
Provinz Westfalen	160 630	23,7	221 649	28,8	+5,1
Provinz Hessen-Nassau	114 079	28,7	149 381	34,6	+5,9
Rheinprovinz	238 355	18,5	322 936	23,7	+5,2
Königreich Preußen	3 163 064	26,4	3 407 498	32,1	+5,7
Königreich Bayern	237 892	20,9	331 271	27,2	+6,3
Königreich Sachsen	418 570	48,5	513 216	55,0	+6,5
Königreich Württemberg	115 724	27,9	153 335	32,5	+5,6
Großherzogtum Baden	93 386	23,9	117 154	28,2	+4,3
Großherzogtum Hessen	76 992	32,7	98 074	39,3	+6,6
Großherzogtum Mecklenburg	44 271	34,3	50 210	37,4	+4,1
Großherzogtum Sachsen-Weimar	28 736	38,2	37 570	45,9	+7,7
Großherzogtum Mecklenb. Strel.	6 059	29,9	6 492	30,7	+0,8
Großherzogtum Oldenburg	21 705	27,1	26 790	33,1	+6,0
Thür. Staaten	92 049	40,0	119 585	49,2	+9,2
Herzogtum Braunschweig	37 203	40,1	48 200	48,6	+8,7
Herzogtum Anhalt	27 641	42,7	31 465	46,3	+3,5
Fürstentum Lippe	8 424	23,7	11 227	29,4	+5,7
Freie und Hansestadt Lübeck	11 575	50,6	13 353	52,5	+1,9
Freie und Hansestadt Bremen	27 362	48,4	35 862	53,4	+5,9
Freie u. Hansest. Hamburg	112 892	60,6	138 343	61,2	+0,6
Elb-Lothringen	81 589	23,7	110 675	31,7	+8,0
Ganzes Reich	3 258 734	28,9	4 250 329	34,9	+6,0

Zunächst geht aus dieser Aufstellung hervor, daß Preußen sowohl hinsichtlich des Prozentsatzes der sozialistischen Stimmen als auch hinsichtlich ihrer relativen Zunahme nicht ganz den Reichsdurchschnitt erreicht, trotzdem es die riesige sozialistische Metropole Berlin in

sich schließt, in der diesmal 74,9 Proz. aller Stimmen auf unsere Partei entfielen und die mit 8,7 Prozent nächst den thüringischen Staaten und neben Braunschweig auch die größte relative Zunahme aufweist. Die Tabelle lehrt uns darüber, daß die äußerst rückständigen östlichen Provinzen, in denen unsere Propaganda vielfach an dem Terrorismus der Junkersippe scheitert, die Schuld daran trägt. Finden wir doch in Ostpreußen nur 14,8, in Westpreußen nur 9,7 und in Posen gar nur 3,8 Proz. sozialistische Stimmen. Von allen preußischen Provinzen hatten nur Brandenburg (ohne Berlin), Sachsen und Holstein einen höheren Prozentsatz sozialistischer Stimmen, als dem Reichsdurchschnitt entsprechen würde. Und nur die Provinzen Brandenburg, Schlesien und Sachsen hatten eine stärkere als durchschnittliche Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen.

Im übrigen Reich stehen die Hansestädte und das „rote Königreich“ an der Spitze. In ihnen wurden mehr als die Hälfte aller Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben. In Sachsen war auch die Zunahme eine mehr als durchschnittliche. Nahezu die Hälfte aller Stimmen erhielten wir ferner noch in den kleinen thüringischen Staaten, in Braunschweig, in Anhalt und in Sachsen-Weimar. Eine den Reichsdurchschnitt übersteigende Zahl von Stimmen kam auf unsere Kandidaten auch in Hessen, Mecklenburg-Schwerin. Trotz seiner vorwiegend katholischen Bevölkerung stellte Bayern immerhin 27,2 Prozent sozialistische Stimmen gegen 20,9 Proz. bei der letzten Wahl, was eine sehr erfreuliche Zunahme bedeutet. Große Fortschritte haben wir auch in Elb-Lothringen gemacht, wo wir 31,7 Proz. aller abgegebenen Stimmen erhielten gegen 23,7 Proz. im Jahre 1907.

Angehichts dieser Zahlen dürfen wir also behaupten, daß wir überall vorwärts gekommen sind; und wenn in manchen Gegenden das Licht der Aufklärung nur langsam sich durch die Finsternisbahn bricht, wie im Nordosten des Reiches, so wissen wir, daß wir dort nun erst recht zu arbeiten haben, um die Landarbeiter und Bauern aus ihrem Autoritätsglauben zu reißen und sie dem Heere des unter der sozialistischen Fahne kämpfenden Proletariats einzureihen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Interim im Reichstage.

Die Reichstagsungung vom Donnerstag dauerte nur fünf Minuten. Der Zweck der Übung ist nicht erreicht worden. Der Deutsche Reichstag hat noch immer kein Präsidium. Die Entscheidung soll nunmehr am Freitag fallen. Vielleicht fällt sie erst später. Vorläufig ist noch nicht abzusehen, welche Entwicklung die Dinge nehmen werden. Es fehlt eben an einer festen Mehrheit im Reichstage. Vielleicht hat es sein Gutes, daß diese Tatsache gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode mit solcher Handgreiflichkeit zutage tritt. Wenn der Wille der Wähler wirklich klar und unverfälscht in der Zusammensetzung des Reichstages zum Ausdruck käme, so wäre dieses groteske Schauspiel nicht möglich. 7½ Millionen deutscher Wähler haben für die Parteien der Linken gestimmt und nur 4½ Millionen für die unterschiedlichen Gruppen des schwarzblauen Blocks, selbst wenn man unbesehen Polen und Welfen einrechnet. Und doch haben diese Gruppen und Gruppchen, die zusammen wenig mehr Stimmen aufgebracht haben, als die Sozialdemokratie für sich allein, ungefährr eben so viele Siege im Reichstage als die gesamte Linke, sodaß die Entscheidung in vielen Fällen an einem Faden hängt, d. h. von ein Paar unsicheren Kantonsruten abhängen wird. Und darum auch die Scheu auf beiden Seiten, durch Abstimmung eine glatte und klare Entscheidung über die Frage des Präsidiums herbeizuführen. Man fürchtet rechts und links ein Zufallsresultat und man trägt Scheu, ein Präsidium einzusetzen, das bei jedem Zusammenstoß Gefahr läuft, seine Mehrheit in eine Minderheit verwandelt zu sehen. Und so ergibt sich denn wieder, daß die realisierten Volkswillen jorschende, das Übergewicht reaktionärer Parteien künstlich aufrecht erhaltende Wahlkreiseinteilung die Mutter vieler Übel ist. Hoffentlich zieht daraus die bürgerliche Linke ihre richtigen Lehren.

Mit großer Spannung wird der Ausgang der Präsidentschaftskrisis in der Reichshauptstadt erwartet. Wieder standen dicke Menschenmengen vor dem Reichstagsgebäude und wieder waren die Tribünen brechend voll. Weltlangsamer füllte sich der Saal. Bis unmittelbar vor Beginn der Sitzung hielten die meisten Fraktionen Besprechungen ab. Gegen drei Uhr trat mit Bestimmtheit das Gerücht auf, daß alle Verhandlungen ergebnislos gewesen seien, daß man eine Kraftprobe fürchte, und daß

man daher, um Zeit zu gewinnen, eine Vertagung beschließen werde. Und so geschah es denn auch. Der greise Träger eröffnete die Sitzung, der Schriftführer Bärwinkel verlas den Einlauf und Herr Passermann beantragte dann sofort die Vertagung auf den folgenden Tag. Herr Grober schloß sich dem Antrag an und einstimmig wurde er zum Beschluß erhoben. So bleibt denn der alte Träger noch provisorischer Vorsitzender und wird — ein noch nie vorgekommenes Beispiel in der Geschichte des Deutschen Reichstages — mindestens noch eine dritte Sitzung leiten. Übrigens ist von ein paar mißgünstigen Klerikalen abgesehen, alles darüber einig, daß noch nie ein Alterspräsident mit solcher Würde und Geschick geführt worden ist. Mit wahrer Jugendfrische erfüllt der 83jährige Herr seine Obliegenheiten.

Die draußen harrende Menge nahm mit großer Enttäuschung die Nachricht von der Erfolglosigkeit der Sitzung auf. Gleich nach Schluß der 5-Minuten-Sitzung wurden die Verhandlungen zwischen den Fraktionen fortgesetzt. Man zieht alle Register, um die Nationalliberalen auf die schwarzblaue Seite hinüberzuziehen. Besonders tätig ist in dieser Richtung der politische Abtutant des Reichskanzlers, Herr Wahnschaffe. Er arbeitet im Schweiß seines Angesichts „im Wahn, daß er etwas schaffe“, wie ein Fortschrittler spöttelte.

Aus dem Reichstage.

Nach dem soeben fertiggestellten offiziellen Verzeichnis der Mitglieder des Reichstages haben die Parteien folgende Stärke: Sozialdemokraten 110, Zentrum 90, Nationalliberale 44, Konservative 43, Fortschrittliche Volkspartei 42, Polen 18 und Reichspartei 14. Die kleinen Fraktionen der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Deutschen Reformpartei, der Elässer, Lothringer und Welfen, sowie der Bauernbündler werden den „Wilden“ zugezählt, deren Zahl danach 36 beträgt. Außer diesen kleinen Fraktionen gehören zu den „Wilden“ Graf v. Poladomsky, Abg. Warmuth, die beide der Rechten zuzuzählen sind, ferner Dr. Becker und Freiherr v. Heyl, die beide der nationalliberalen Fraktion nicht beigetreten sind, weiter Graf Oppersdorff, der der Zentrumsfraktion nicht angehört, und der Däne Hansen. Der Abg. Schröder, der in Elbing den Abg. v. Oldenburg verdrängt hat, ist ebenso wie Abg. v. Derges als Hospitant der Reichspartei beigetreten. Als Hospitanten der Nationalliberalen werden die Abg. Held, Kerschbaum und Kleve angeführt, während die Abg. Dr. Kerschsteiner, der in München gewählt ist und der Elb-Lothringer Röver der Fortschrittlichen Volkspartei als Hospitanten zugezählt werden. Der Lothringer Winderck, der als entschiedener Liberaler auftritt, wird ebenso, wie die anderen Lothringer Leveque und Dr. Schag, als Wilde aufgezählt. Auch die drei Bauernbündler Bachmeier, Hestermann und Laur zählen zu den Wilden.

Da die Wirtschaftliche Vereinigung nur 13 Mitglieder zählte, also selbständige Anträge nicht mehr stellen konnte, so hat sich, wie schon kurz gemeldet, diese Fraktion auf Anregung der Konservativen nicht wieder konstituiert. Die Abg. Vogt-Hall und Vogt-Craillsheim, die beide zur Wirtschaftlichen Vereinigung gerechnet wurden, sind der deutsch-konservativen Fraktion als Hospitanten beigetreten, desgleichen hat der Abg. Werner-Hersfeld die Erklärung abgegeben, daß er unbeschadet seines sonstigen Verhältnisses zur Deutschen Reformpartei im Reichstage der deutsch-konservativen Fraktion zugezählt zu werden wünscht.

Dalles, Dalles über alles.

Die zu verzinsenden Reichsschulden beziffern sich nach dem neuen Etat auf

4 823 656 700 Mark,

wofür die deutschen Steuerzahler an Zinsen pro Jahr 185 Millionen Mark aufbringen müssen. — Die „Berliner Volkszeitung“ stellt dazu folgendes Rechenexempel auf:

„Rechnen wir den Durchschnittstagesverdienst eines deutschen Arbeiters auf 4 Mk. täglich, dann erarbeiten 250 000 Arbeiter täglich 4 x 250 000 = 1 Million Mark. Aufzubringen an Zinsen für die Reichsschulden sind jährlich 185 Millionen Mark. Folglich müssen in Deutschland eine viertel Million Arbeiter ganze 185 Tage, länger als ein halbes Jahr arbeiten, um einen Lohn in Höhe der jährlichen Schuldverzinsung zu verdienen!“

Diesen Zustand nennt man dann eine „Gesundung unserer Reichsfinanzen“!

Der Reichsetat für 1912.

Der Etat für das mit dem 1. April beginnende Etatsjahr 1912/13 schließt in seinen Endsummen im ordentlichen Etat mit 2 275 067 622 Mk. an fortlaufenden und 409 822 808 Mark an einmaligen Ausgaben und mit 2 684 890 430 Mark an Einnahmen. Dazu kommt dann noch der außer-

ordentliche Etat, der in Einnahmen und Ausgaben mit 134 473 100 Mk. schließt. Die gesamten Ausgaben und Einnahmen decken sich sonach mit einer Summe von

2 819 363 530 Mark.

Zur Bestreitung einmaliger ordentlicher Ausgaben werden auf dem Wege des Kredits 43 758 372 Mk. stiftig gemacht.

Von den Einnahmen seien folgende Positionen hervorgehoben:

	Mk.	Mk.
1. Zölle, indirekte Steuern und Gebühren	1 561 749 400	(mehr 79 007 500)
2. Matriculargelder	284 759 729	
3. Reichspost	781 881 000	(mehr 47 210 400)
4. Reichsdruckerei	11 785 000	(wenig. 800 000)
5. Reichseisenbahnen	188 780 000	(mehr 9 887 000)
6. Reichsamt des Innern	21 856 845	(mehr 1 651 440)

Der Rest der Einnahmen verteilt sich auf eine ganze Reihe von Kapiteln; es erhebt ohne weiteres, daß das Reich den Hauptteil seiner Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern zieht.

Die Ausgaben sind so ziemlich auf allen Gebieten gestiegen, am meisten natürlich wieder bei der Heeresvermaltung.

Die fortwährenden Ausgabeposten setzen sich wie folgt zusammen:

1. Reichstag	2 121 250	Mk.
2. Reichskanzler	814 470	"
3. Reichsamt des Innern	18 721 447	" (mehr 192 784)
4. Reichsamt des Innern	93 516 121	" (" 4 466 854)
5. Reichsarmee	660 798 268	" (" 83 702 994)
6. Reichsmilitärgericht	531 817	" (" 11 485)
7. Marine	177 927 651	" (" 10 720 497)
8. Reichsjustizverwaltung	2 859 130	" (weniger 450)
9. Reichsfinanzamt	38 345 708	" (mehr. 507 168)
10. Kolonialamt	2 891 110	" (" 7 000)
11. Reichsschuld	247 585 055	" (weniger 32 792 688)
12. Pensionsfonds	143 411 248	" (mehr 844 995)
13. Reichspost	667 864 679	" (" 24 156 874)
14. Reichseisenbahnen	103 585 950	" (" 1 659 650)

Der Rest verteilt sich auf eine Reihe anderer, wenig bedeutender Positionen. Von den einmaligen Ausgaben verdienen Erwähnung:

1. Reichsamt des Innern	44 189 550	Mk.
2. Reichsarmee	83 980 757	"
3. Marine	169 738 665	"
4. Kolonialamt	22 640 750	"

Aus den Ausgaben im außerordentlichen Etat fallen noch auf:

Reichsarmee	16 764 806	Mk.
Marine	82 570 000	"
Für das Meer sonach insgesamt	771 038 682	"
die Marine	490 286 316	"
den Pensionsfonds	143 411 248	"

Das Reich gibt also in diesem Jahre für Zwecke der Landesverteidigung aus:

1 344 687 196 Mark.

Dazu kommt nun noch eine Heeres- und eine Marinevorlage, die knapp gerechnet, zweihundert Millionen Mark Mehrkosten verursachen werden, sodaß das Reich mehr als fünfzig Prozent seiner Einnahmen für Abwehrezwecke ausgibt.

Das Programm der Bündlerparade.

Der Bundesdirektor Dr. Rosejke wird die am 19. Februar im Sportpalast stattfindende Bündlerparade eröffnen, während die eigentliche Begrüßungsansprache dem Freiherrn v. Wangenheim übertragen wurde. Den Geschäftsbericht, der in den eigentlichen Stand des Bundes der Landwirte keinerlei Einblick gewährt, erstattet Dr. Hahn, während den Clou des Tages das Referat des Herrn v. Oldenburg-Sanuján über: "Die Reichstagswahlen" bildet. Referent und Thema bürgen dafür, daß bei diesem Punkt burleske Szenen abspielen werden. Von den Redneren, die sich sonst noch produzieren werden, sind zu nennen: Pfarrer Heckenroth und der Reichs-Schulmeister Dr. Dertel. Die Versammlung der "Notleidenden" verspricht sonach ein tolles Faschingsreiben zu werden.

Neuregelung der Sonn- und Feiertagsruhe im Handelsgewerbe.

Die "Zeitschrift für den Kaufmann" erzählt über die offiziös angekündigt, gesetzliche Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe von eingeweihter Seite:

Die gesetzliche Neuregelung erfolgt nicht als Novelle zur Gewerbeordnung, sondern als selbständiges Gesetz, entsprechend der in den letzten Jahren entstandenen Übung, gewisse Materien aus der Gewerbeordnung herauszunehmen und durch eigene gesetzliche Bestimmungen zu regeln. Die wichtigste Neuerung ist die Herabsetzung des gesetzlichen Arbeitsmaximums an Sonntagen von fünf auf zwei Stunden. Unberührt bleibt die Bestimmung, die den Gemeinden das Recht verleiht, durch Ortsstatut die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe überhaupt zu verbieten. Gewisse Ausnahmebestimmungen (Milch für Säuglinge, Eis für Krankenzwecke u. a. m.) werden durch das neue Gesetz nicht geändert.

Zu bayerischen Landtage,

der am 15. Februar seine Pforten wieder öffnet, wird es bald zu lebhaften Debatten kommen. Die Linke will die Regierung darüber interpellieren, wie die Regierung und einzelne gewisse Minister dazu gekommen sind, während der Wahlen dem Zentrum geheime Wahlhilfe zu leisten. Die Vorgänge hängen sich auf tatsächliche Ereignisse.

Nach der "Münchener Post" sind bei der Demission des Ministeriums vor allem auch preußische Einflüsse maßgebend gewesen, und zwar sei von Berlin aus vor der Sozialdemokratie gewarnt worden. — Ministerpräsident Graf Bodewitz muß sich von Wählern aller Parteien rühmte Bittere und höhnische Vorwürfe machen lassen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß das Entlassungsgeheiß dieses markelständigen Ministers tatsächlich angenommen wird, und daß durch seine Entlassung nicht bloß, wie behauptet war, die Minister v. Pfaff und Frauendorfer aus dem Ministerium entfernt werden, sondern Graf Bodewitz selbst. Das wäre eine köstliche Sache des

Schicksals. Gesprochen wird davon, daß Freiherr von Hertling mit der Bildung des neuen Ministeriums betraut werden wird.

Italien.

Der Raubkrieg. Das "Daily Chronicle" läßt sich aus Konstantinopel telegraphieren, Italien habe, milde des langen Krieges, die Mächte davon in Kenntnis gesetzt, daß, wenn die Türkei sich nicht bald zum Friedensschluß bequemt, die Operationen bis nach Konstantinopel ausgedehnt werden müßten. Die Pforte habe insolge dessen beschlossen, alle italienischen Banken, Versicherungsgesellschaften und andere italienische Institute in der Türkei zu schließen. — Die Italiener werden sich die Sache wohl noch zweimal überlegen, ehe sie diesen Schritt wagen.

Rußland.

Russische Polizeischurken im Auslande. Der frühere Spezialkommissar der französischen Staatspolizei, Paoli, dem 25 Jahre lang der Schutz der persönlichen Sicherheit aller nach Frankreich kommenden Souveräne oblag, hat jüngst in dem Buche "Leur Majestés" seine Erinnerungen veröffentlicht, die grelle Schlaglichter auf Treiben der russischen Polizeischurken im Auslande werfen. Paoli schildert den Besuch, den Nikolaus II. im Septbr. 1901 in Frankreich abstattete und deckt die bisher unbekannte Tatsache auf, daß die Leiter der russischen Geheimpolizei in der Kathedrale zu Rheims ein Attentat gegen den Zaren organisierten. An der Spitze der russischen Polizei, die mit dem speziellen Schutz des Zaren betraut war, standen die Ehrenmänner Raschikowsky — der Rosenfreund Kiew und der Inspirator zahlreicher Morde — Harting-Landjeu — die Lockspitzelzellen aus Berlin — Mannilow-Mannilow u. a. Auf ihr Ersuchen gestattete ihnen die französische Staatspolizei, einen besonderen Überwachungsdienst in der Kathedrale zu Rheims zu organisieren, die der Zar besuchen sollte, sie traf aber in begreiflichem Mißtrauen zu ihrem russischen Kollegen Maßregeln, um die russischen Spitzel zu überwachen. Es vergingen in der Tat kaum 24 Stunden, als dem Chef der französischen Sicherheitspolizei berichtet wurde, der Gehilfe Raschikowsky, ein Spitzel "von belgischer Herkunft" treffe Vorbereitungen, um in der Kathedrale ein Bombenattentat gegen den Zaren zu inszenieren. Die sofort vorgenommene Verhaftung dieses Spitzels bestätigte den Verdacht, daß die russischen Polizeischurken, um ihre "Tüchtigkeit" nachzuweisen, ein Scheinattentat gegen den Zaren in Szene setzen wollten. — Im Anschluß daran sei erwähnt, daß Harting während des Zarenbesuchs in Swinemünde, wo er an der Spitze der russischen Geheimpolizei stand, von der preussischen Polizei mit demselben Mißtrauen begegnet wurde. Man traut eben den russischen Polizeihäuptern die ürgsten Verbrechen zu, man duldet sie aber in Frankreich wie in Deutschland und fördert noch in jeder möglichen Weise gegen die russischen Flüchtlinge betreiben.

Die Wahlen „gemacht“ werden. Die Vorbereitungen für die in diesem Jahre bevorstehenden Duma-wahlen werden von den Regierungsbehörden schon seit längerer Zeit mit besonderer Sorgfalt getroffen. Jeder Provinzstatthalter sucht in dieser Beziehung den anderen zu übertrumpfen und sich vor der Petersburger Zentralregierung als zuverlässiger "Wahlmacher" in Empfehlung zu bringen, und über allen diesen Machenschaften schwebt förbend und anspornend der Geist des mit allen Tücken und Schlichen vertrauten Ministers des Innern, Makaroff. Eine besondere Energie entfaltet der Gouverneur von Nishni-Novgorod, Chwozoff, ein Liebling der Petersburger Hofkreise, der sich besonders durch seine offene Pogromagitation hervorgetan hat. Die russischen Zeitungen berichten schon seit längerer Zeit von den Machenschaften dieses Satrapen, der im Gegensatz zu seinen Kollegen aus seinen Plänen keinen Hehl macht und so die sauberen Wahlgeschäfte der Zentralregierung ungeheuer ausplaudert. Besonders kräftig sind nun die Mitteilungen, die über seine letzten "Wahlvorbereitungen" in die Presse gedrungen sind. Schon im November v. J. verjahte Herr Chwozoff an die Landhauptleute "seines" Gouvernements ein geheimes Rundschreiben, das Vorschriften für die Wahlagitator enthielt. Aber bereits im Dezember verlangte er, daß ihm die Rundschreiben sofort zurückgeschickt wurden. Zugleich verfügte er, daß von jedem Kreis zwei Landhauptleute nach der Gouvernementsstadt kommen und keine Anweisungen persönlich entgegennehmen sollten. Dieser Versammlung erteilte Herr Chwozoff folgende Anweisungen für die Wahlen: 1. Jeder Landhauptmann muß in seinem Bezirk ein Verzeichnis der "unzuverlässigen", das heißt nicht regierungstreuen Wähler feststellen, es fortlaufend durch geheime Überwachung ergänzen und die Ergebnisse der Gouvernementskanzlei berichten. Jedes Mittel ist hierzu erlaubt, besonders empfiehlt es sich aber, eine möglichst große Zahl von "Mitarbeitern", d. h. Spitzeln, heranzuziehen. 2) Während der Wahlen muß um jeden Preis der Sieg eines Kandidaten durchgesetzt werden, der den Anforderungen der Regierung in jeder Hinsicht entspricht. Erweist sich der Landhauptmann unfähig, dieses Ziel zu erreichen, so muß er sich einen andern Wirkungskreis suchen. 3) In den Dörfern muß dem Gemeindeführer stets der Zutritt zum Wahllokal gewährt werden. Siegen die "unzuverlässigen" Wahlmänner, so bleibt diese Tatsache unberücksichtigt. Dringen aber "unzuverlässige" Wahlmänner durch, so muß der Eintritt des Gemeindeführers zu Protokoll genommen und als Vorwand zur Kassierung der Wahlen benutzt werden. — Wie wäre es, wenn sich die preussischen Junker diese "bewährte" Methode aneignen würden?

China.

Die Revolution. In der Nähe von Pianjang hat ein Zusammenstoß zwischen der Vorhut der Revolutionäre und den Regierungstruppen stattgefunden. Die Regierungstruppen zogen sich zurück und ließen zwei tote Offiziere und 16 verwundete Soldaten auf dem Platze. Die Revolutionäre nahmen einen Offizier und 13 Soldaten der Regierungstruppen gefangen. — Die Revolutionäre haben die Stadt Wanantien erobert — Auf der

Station Tanhe, drei Meilen von Schanghai, wurde eine Bombe auf den von Peking kommenden Expreszug geworfen, wodurch viele Personen getötet und verletzt wurden. Die Attentäter entkamen unerkannt.

Aus Lübeck und Umgebungen.

Freitag, den 9. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Größtmühle S. und Z. Brüggen, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zutritt ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Ein Gegenstück zum Vorgehen der Lübecker Liberalen gegen Anderdenkenke bildet der Terrorismus, den Reaktionsäre in Sachsen gegen dortige Liberale ausüben. Der freisinnigen "Jütlander Morgenzeitung" wird aus Bautzen geschrieben: "Merkwürdige Folgen scheint hier der verflochtene Reichstagswahlkampf nach sich ziehen zu sollen. Das enorme Anwachsen des Liberalismus in Bautzen wie im gesamten dritten sächsischen Reichstagswahlkreise, das bei den letzten vergangenen Wahlen so deutlich in die Erscheinung trat, gibt den vereinten Mächten der Finsternis Veranlassung, beizeiten gegen die liberale Bewegung vorzugehen, die ihnen ja ein weit gefährlicherer Gegner ist als die Sozialdemokratie. Zunächst nimmt man sich die liberalen Lehrer auf's Korn. Sie werden vorläufig in größter Verbindlichkeit und mit der Gebärde väterlichen Wohlwollens darauf hingewiesen, daß es ihrer Karriere nicht gerade vorteilhaft sein dürfte, wenn sie sich politisch in der Weise betätigen. Haben sie sich etwa so weit verlaufen, für eine liberale Zeitung zu schreiben, so wird ihnen das Streite untersagt. Weit weniger glimpflich verfährt man mit denjenigen Leuten, die im freien Gewerksleben stehen. Ihnen werden Stockprügel auf den Magen angedroht, wenn sie sich noch einmal erlauben sollten, für die liberale Sache Interesse zu bekunden. Sie und da hat man sogar die Drohung schon zur Tat werden lassen. Es ist also just wie in Ostpreußen! ... Gewiß ist dieser Terrorismus äußerst verwerflich. Wir haben aber noch nie bemerkt, daß sich die Liberalen darüber aufgeregt hätten, wenn Arbeiter ihrer politischen Betätigung wegen gemahnt wurden. Und wenn man bedenkt, wie schmucklos in Lübeck sogenannte Liberale gegen Leute vorgegangen sind, die nach ihrer Überzeugung wählten — allerdings nicht liberal — so kann man nur zu der Ansicht kommen, daß sich die Reaktionsäre und die Liberalen im Punkt Terrorismus eigentlich gar nichts nachgeben.

Konsumverein für Lübeck und Umgebend. Man schreibt uns: Gerade jetzt ist in Preußen der Text des neuen Einkommensteuergesetzes bekannt gemacht, der, wie nicht anders zu erwarten, ein neues Ausnahmegesetz gegen die Konsumvereine darstellt. Was es bisher in Preußen den Konsumvereinen gestattet, genau so wie allen anderen Geschäftleuten, ihren Mitgliedern oder Kunden einen festen Rabatt zu gewähren, so soll in der Folge dieser Rabatt als Einkommen von den Genossenschaften versteuert werden, während den Geschäftleuten es nach wie vor gestattet ist, diesen Rabatt unversehrt zu gewähren. Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß das preussische Dreiklassenparlament diesen "genialen" Gedanken des konservativen Abgeordneten Hammer in die Wirklichkeit umsetzen wird. Handelt es sich um die Besteuerung von Konsumvereinen, dann fragt man nicht viel nach Recht und Gesetz, sondern läßt sich fast ausschließlich von dem Gedanken leiten, dem Konsumverein zu schaden. So ist auch das Lübecker Gewerbesteuergesetz alles andere als ein nach rechtlichen Grundsätzen aufgestelltes Gesetz. So haben die Gewerbetreibenden den Geschäftsgewinn zu versteuern, während die Konsumgenossenschaften, unbekümmert um einen etwaigen Überschuss den gesamten Umsatz versteuern müssen. Der Zweck, der von verchiedenen Seiten von dem Gesetz erhofft wurde, den Konsumverein leitungsunfähig zu machen, ist nicht erreicht. Gelegentlich der letzten Bezirksversammlungen veranstaltete der Verein einige Warenaussstellungen, die sehr zugunsten des Konsumvereins ausgefallen sind. Es wurden eine Anzahl der gangbarsten Lebensmittel von Frauen der Mitglieder sowohl bei Qualität als auch in Konsumverein in gleicher Menge und Qualität gekauft. Diese etwa 35 verschiedenen Waren kosteten in fünf verschiedenen Bezirken:

	beim Kaufmann	im Konsumverein	mithin im Konsumverein billiger
7,92 Mk.	6,65	1,27	Mk.
6,39 "	5,50	0,89	"
4,30 "	3,20	1,10	"
6,94 "	6,08	0,91	"
7,18 "	6,38	0,75	"
32,68	27,76	4,92	"

Durchweg ist von jeder Ware ein halbes Pfund gekauft, in einzelnen Fällen jedoch auch ein Viertel Pfund. Bei der herrschenden Teuerung ist es mehr denn je angebracht, auf einen rationalen Wareneinkauf bedacht zu sein, und darf nicht verkannt werden, daß auch in diesem Falle der Lübecker Konsumverein trotz der Umsatzsteuer leitungsunfähig ist. Und wie auch in den Außenorten einige knappe tägliche Helfer für den Zusammenbruch der Konsumvereine wirkten, beweist die rapide Aufwärtsentwicklung der Bewegung in Schönberg. Dort hat man es verstanden, dem Konsumverein zum 1. Juli d. Jz. den Laden abzutreiben, aber zum gleichen Zeitpunkt wird dort in der Hauptstraße ein eigenes neugebautes Heim bezogen.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der letzten vollen Januarwoche, vom 21. bis zum 27. Januar, in fast allen deutschen Städten verschlechtert. Die Sterblichkeit ist meist nicht unbedeutend gestiegen. Offenbar infolge der großen Kälte ist die Zahl der Opfer an den Krankheiten der Atmungsorgane ganz ungewöhnlich angewachsen. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug die Sterblichkeit von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in Altona 17,6, Berlin 15,4, Braunschweig 17,5, Bremen 19,0, Breslau 22,3, Charlottenburg 13,4, Dresden 14,8, Frankfurt a. M. 10,0, Hannover 13,7, Hamburg 17,6, Kiel 13,4, Köln 17,0, Leipzig 14,2, Lübeck 19,1, Magdeburg 15,4, München 14,2, Nürnberg —, Rixdorf —, Schönberg —, Stettin —.

Arbeiterterror. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern nachmittag kurz vor Beginn der Arbeitszeit in der Fabrik von Ewers u. Co., Weisenhofstraße. Als eine Arbeiterin im Begriff war, ein Fenster zu öffnen, kam sie jedenfalls der soeben in Bewegung gesetzten Transmissionszahn nahe, wodurch sich die Haare um dieselbe verwickelten und Haar und Kopfhaut arg zerrissen wurden. Die Bedauernswerte wurde nach Anlegung eines Notverbandes dem Krankenhaus zugeführt.

Jahresbericht des Bauarbeiterverbandes, Ostber-
waltung Lübeck, für 1911. Schon im vorigen Jahres-
abschluss konnte angenommen werden, daß die Wirtschafts-
kurve im Baugewerbe zu Lübeck aller Voraussicht nach nicht
steigen würde, im Gegenteil, wir mußten darauf gefaßt sein,
daß dieselbe noch mehr sinken würde wie im Jahre 1910.
Daß dies eingetroffen ist, werden die Bauarbeiter Lübeck's
an eigenen Leide gespürt haben. Inwieweit die Kollegen
von der Arbeitslosigkeit betroffen waren, werden folgende
Zahlen beweisen: bemerkt muß werden, daß die Arbeits-
losigkeit in Wirklichkeit noch größer war, weil viele Kollegen
sich nicht meldeten, wiederum andere sich bei Aufnahme der
Arbeit nicht abmeldeten und somit ebenfalls für die Prüfung
verloren gehen. Letzteres waren 98 Kollegen, welche ihre
Verluste vernachlässigten. In der Stadt nebst Vorstädten
fanden 444 Arbeitslosmeldungen statt; davon betrafen
Maurer 408, Hilfsarbeiter 146; von diesen Kollegen meldeten
sich 149 zumal, 42 viermal, 73 dreimal, 174 zweimal und
361 einmal. Der Verlust an Arbeitslosen ergab 8764 Tage
mit einem Lohnausfall von 47325,60 Mk. In der Zahl-
stelle Mölling fanden 57 Meldungen statt und zwar von
24 Mauern und 33 Hilfsarbeitern mit 579 Tagen, Lohn-
ausfall 3126 Mk.; Schlupf 11 Kollegen mit 290 Tagen, Lohn-
ausfall 1566 Mk.; Sternburg 14 Kollegen mit 246 Tagen, Lohn-
ausfall 1101,60 Mk.; Travemünde 17 Kollegen mit 456 Tagen,
Lohnausfall 2492,40 Mk., Rackenburg 18 Kollegen mit 378
Tagen, Lohnausfall 2041,20 Mk. Das gesamte Resultat ist,
daß im Zweigvereinsgebiet sich 761 Kollegen meldeten, welche
10 671 Tage arbeitslos waren und einen Lohnverlust von
57 623,40 Mk. erlitten. Die amtliche Statistik, die herausge-
geben ist für das Deutsche Reich, ergibt für die drei besten
Sommermonate Juni, Juli und August, wo die Bauarbeiten
im allgemeinen ihren Höhepunkt erreichten, folgendes Bild:
Es betrug der Reichsdurchschnitt der Angebote auf hundert
offene Stellen: im Juni 126,38, im Juli 235,08; im August
119,27, für Lübeck 68,8; im August 164,6, für Lübeck 326,2.
Also in Lübeck waren die Angebote im Durchschnitt in den
besten Sommermonaten um 269,64 Proz. höher als in den
übrigen Landesteilen des Deutschen Reiches. Dieses geäu-
serte Material birgt so viel Kummer und Sorgen in sich,
daß wir ruhig ausrufen können, wir klagen die heutige
privatkapitalistische Gesellschaftsordnung an, daß sie nicht
fähig ist, andere Wirtschaftsformen einzuführen, durch welche
allen Brot und Arbeit gegeben wird. Unseren weisen Lübecker
Staatsmännern wird hoffentlich nach Berücksichtigung dieser
Zahlen einleuchten, wie recht unsere Bürgerchaftsfraktion
diesen Sommer hatte, als sie verlangte, daß etwas getan
werden müßte, um der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu
steuern. Es wurde freilich zugestimmt, und auch die Baubeh-
örden beauftragt, die Bauarbeiten zu beschleunigen.
Wenn nun auch im Monat November und Dezember
eine kleine Besserung eintrat, so wurde die Arbeitslosigkeit
durch diese Maßnahmen nicht im entferntesten überwunden.
Alle Anzeichen sind vorhanden, daß auch für 1912 die Kon-
junktur nicht besser wird, wenn nicht unvorhergesehene Unter-
nehmungen aufstehen. Mancher wird sich fragen: woran
liegt es, daß nimmer seit drei Jahren das Lübecker Bau-
gewerbe solchen Tiefstand zeigt? Seit der Volkszählung im
Jahre 1905 hat die Lübecker Bevölkerung um zirka 8000 zu-
genommen. Diese Zunahme bedeutet eine sehr geringe Auf-
wärtsentwicklung und gibt den besten Gradmesser ab für
die Verteilung der allgemeinen Wirtschaftslage in Lübeck.
Die Zahl der Beschäftigten ist in den größten Industrie-
zweigen außer Holzhandel zurückgegangen. Es ist ja selbst-
verständlich, daß diese wirtschaftliche Depression sich auf dem
Wohnungsmarkt bemerkbar macht. Ist doch die Zahl der
leerstehenden Wohnungen gegen das Vorjahr bedeutend ge-
stiegen. Noch eine andere Erscheinung ist hier zu beobachten,
und zwar die Bodenpekulation. Während vor 20 Jahren
der Grund und Boden um Lübeck's Mauern meistens Privat-
besitz war und die Besitzer je nach Nachfrage die Waupläche
zu soliden Breiten abgaben, ist heute alles Anbaufläche schon
auf lange Jahre hinaus in die Hände einzelner kapitalkräftiger
Bodenpekulationen übergegangen, welche bei jeder sich
bietenden Gelegenheit versuchen, die Grundstücke zu hohen
Preisen loszuschlagen. Auch kommt weiter hinzu, daß die
Belastung der Grundstücke mit Hypotheken unter sehr
schwierigen und ungünstigen Bedingungen erfolgte. Für er-
stehliche Gelder, welche noch vor einigen Jahren zu 8 1/2 und
4 Proz. verliehen wurden, werden heute vielfach 5 gefordert.
Es braucht nun ja nicht besonders hervorgehoben zu
werden, daß auch unsere Mitgliederzahl von der Arbeits-
losigkeit beeinflusst wurde. Die Zahl der Mitglieder war
bei der Verschmelzung 1167, der Zugang betrug: an Neu-
aufnahmen 147, Abmeldungen erfolgten 167. Zusammen
1481. Abgang: Abmeldungen 270, gestorben 10, ausge-
treten 17, wegen Schulden gestrichen 14, in andere Verbände
übergetreten 72, zum Militär eingezogen 19, ohne Abmel-
dung abgereist 12. Zusammen 414. Der jetzige Mitglieder-
bestand beträgt 1067. Demnach wäre die Mitgliederzahl
um 100 geringer als zum Beginn des Jahres. Es muß
hierzu bemerkt werden, daß der wirkliche Verlust nur 40 be-
trägt, denn ca. 60 Mitglieder waren vorhanden, die nicht zu
uns gehörten, weshalb wir uns veranlaßt sahen, sie gleich
nach der Verschmelzung den in Betracht kommenden Ver-
bänden zu überweisen, so daß wir heute sagen können, es
hat sich eine ziemlich reine Scheidung vollzogen. Was die
Agitation anlangt, so ist mit freudiger Genugtuung zu kon-
statieren, daß die Werbestraft der Kollegen dazu geführt hat,
alles, mit Ausnahme weniger Elemente, zu organisieren, so
daß wir sagen können, die Bauarbeiter Lübeck's stehen mit
gut 98 Proz. organisierter Kollegen mit an erster Stelle.
Bei dieser Gelegenheit soll auch das Baudelegiertenwesen
nicht unerwähnt bleiben; leider muß ausgesprochen werden,
daß wir in dieser Hinsicht nicht vorwärts gekommen sind.
Auf vielen Baustellen haben die Kollegen nicht den Mut be-
fassen, einen Delegierten zu wählen, so daß das Material,
welches von wenigen Baustellen zusammengetragen ist, für
die Gesamtüberprüfung wertlos ist. Kollegen, das muß anders
werden. Unbedingt notwendig ist es auch, daß im Terrazzo-
Spezialgewerbe andere Verhältnisse geschaffen werden. Spe-
ziell bei der größten Firma bestehen elende Zustände, Kost-
und Logiswesen sowie lange Arbeitszeit. Um eine
Besserung hierin zu erreichen, ist die Mithilfe aller
Kollegen dringend notwendig. Der Versammlungsbetrieb
im verflochtenen Jahre war im Zweigverein sowie in den Zahl-
stellen nur ein sehr mäßiger. Kollegen, das muß besser
werden; noch ein Jahr des Friedens und wer weiß, ob wir
dann nicht wiederum in einen harten Kampf gedrängt sind.
Umso mehr ist es notwendig, daß die Kollegen in den Ver-
sammlungen erscheinen, nur dort ist der Ort und die Zeit,
durch Austausch von Meinungen unser Rüstzeug zu schärfen.
Im Zweigvereinsgebiet fanden 72 Versammlungen statt, da-
von in den Zahlstellen 59. Es soll an dieser Stelle ebenfalls
ausgesprochen werden, daß die Zahlstellenverwaltungen im
verflochtenen Jahre bemüht gewesen sind, Hand in Hand mit
der Zweigvereinsleitung das Beste für die Organisation zu
leisten. Der Zweigvereinsvorstand kann ebenfalls auf eine
rege Tätigkeit in diesem Jahre zurückblicken. Unterstützungs-
gesuche gingen ein 8, davon wurden 4 bewilligt.
Die Jahresrechnung der Hauptkassette betrug einschließlich
eines Zuschusses aus der Hauptkasse im 1. Quartal von 800
Mk. 28 248,95 Mk. Ausgabe der Hauptkassette: Abgefand:
17 263,63 Mk.; Reiseunterstützung im Winter an 211 Kolle-
gen 211 Mk.; Reiseunterstützung an 6 reisende Kollegen

9 Mk. für Rechtschutz 15 Mk. Gemahrgelitten-Unterstützung

an 2 Kollegen 32,40 Mk. für Agitation 4,90 Mk. für Streiks

194,45 Mk., für Krankenunterstützung an 282 Kollegen

4124,65 Mk.; Streikunterstützung an 11 Mitglieder 922,50 Mk.,

Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen und Eintrittsgeldern

5471,36 Mk., Gesamtausgabe 28 248,95 Mk. Einnahme der

Lokalkasse 11 310,54 Mk. Ausgabe der Lokalkasse für Schrif-

ten, Kalender, Protdollo usw. 164,10 Mk. Gewerkschafts-

partei, Arbeitersekretariat und Bauarbeiterschulungskommission

1108,28 Mk., Streiks und Hausperren 19,50 Mk., Streiks in

anderen Gewerben 100 Mk., Gemahrgelitten-Unterstützung

109,25 Mk., Orts-Unterstützung in besonderen Notfällen

und an reisende Kollegen 549,50 Mk., Bibliothek 131,95 Mk.,

Agitation 121,15 Mk., statische Aufnahmen 16 Mk., Ehrung

verstorbenen Mitglieder 70,10 Mk., persönliche Verwaltungskosten:

an den Vorstehenden und Kassierer, Sitzungsgelder, Reisekosten,

Reisekosten, Versicherung und sonstige persönliche Ausgaben

2752,55 Mk., sachliche Verwaltungsausgaben: (Bureau-Miete,

Feuerung, Reinigung, Beleuchtung, Utensilien) Porto und

Vestellgelder, Schreibmaterialien, Kopiergebühr des „Grundsteins“

und Einziehung der Beiträge, Versammlungsannoncen,

Druckfachen und sonstige Ausgaben für sachliche Verwaltung

4026,06 Mk. Sonstige Ausgaben: Reichstagswahl, Weihnachts-

feier usw. 1187,67 Mk.; Gesamtausgabe 10 356,11 Mk.

Die Bilanz der Lokalkasse ist demnach: Einnahme 11 310,54

Markt, Ausgabe 10 356,11 Mk., verbleibt ein Kassendebit

von 954,43 Mk. Die gesamten Einnahmen der Haupt- und

Lokalkasse betragen nach Abzug der Kassendebite usw.

31 975,55 Mk. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug

nach Abzug der nicht zahlenden Mitglieder 1085, die Durch-

schnittsleistung war demnach 29,47 Mk. Der Markenumsatz

beträgt ebenfalls durchschnittlich gerechnet 33,6 Mk. Die Ver-

waltungsgeschäfte erledigten sich in 88 engeren und 4 erwei-

terten Vorstandssitzungen; es wurden des weiteren noch

15 Sitzungen abgehalten mit dem Kartell, Gewerkschaftsvor-

ständen und der Gewerkschaftshauskommission, auch fanden

4 Sitzungen statt mit dem Vorstand des Arbeitgeberver-

bandes. In diesem Jahre wurde die Krankenunterstützung

ebenfalls sehr in Anspruch genommen, gezahlt wurden an

282 Kollegen für 5576 Tage 4124,65 Mk. Die hauptsächlich-

sten Krankheiten, die gemeldet wurden, sind die alten Leiden

der Bauarbeiter, Erkrankung der Atmungsorgane, Rheuma-

tismus, Berdunungsstörungen und äußere Verletzungen.

Wenn wir nun noch einen kurzen Rückblick nehmen über

unser Arbeitsverhältnis nach dem abgeschlossenen Tarifver-

trag von 1910, so kann ausgesprochen werden, daß von

unserer Seite und auch von Seiten der Unternehmer im all-

gemeinen alles getan ist, die tariflichen Bestimmungen inne

zu halten. Wenn trotzdem mehrere Differenzen vorgekom-

men sind, so waren dieselben nebenfachlicher Natur und

meistens mit solchen Unternehmern, welche keiner Organisa-

tion angehörten. Um den tariflichen Bestimmungen Geltung

zu verschaffen, mußten fünf Sperren verhängt werden; in

zwei Fällen wegen Maßregelung und in drei Fällen

wegen Nichtanerkennung des Tariflohnes. Eine Sperre,

wo es sich um Ausschachtungsarbeiten bei der Firma

Glogner handelte, ging verloren, weil sich eine

Anzahl polnischer Arbeiter verweigerten, Rausteuerdienste

zu leisten. Die übrigen Sperren wurden zu unseren Gunsten

erledigt. Die Unkosten dieser Sperren betragen insgesamt

189,90 Mk. Bei sonstigen kleineren Differenzen mußte der

Vorsitzende öftmal einschreiten, es handelte sich um Bau-

arbeiterzuschuss, Arbeitszeitverziehung, Überarbeit, Lohn-

zahlung und Maßregelung, alle diese Fälle wurden eben-

falls auf gütlichem Wege geregelt. In drei Fällen mußten

die Unternehmer durch Klage am Gewerbegericht gezwungen

werden, den fälligen Lohn zu zahlen. Der Eisenbetonbau

hat uns in diesem Jahre sehr viel Schwierigkeiten gemacht;

wenn auch die hiesige Betonfirma Scheuffer den Tariflohn

für Hilfsarbeiter bezahlt, so weigert sich doch dieselbe, einen

Tarif abzuschließen. Eine Kieler Firma (Vange u. Giese)

mußte ebenfalls erst nach längerem Weigern dazu

gezwungen werden, den üblichen Lohn zu zahlen. Ein großer

Abstand kommt in diesem Gewerbe in Betracht und das

ist die übermäßig lange Arbeitszeit; wenn auch schon vieles

besser geworden ist, so wird es doch noch eine geraume Zeit

dauern, bis geregelte Arbeitsverhältnisse Platz gegriffen haben.

Die Lohnverhältnisse der Arbeiter im Mattengewerbe haben

in diesem Jahre ebenfalls eine Besserung erfahren. Es wur-

den bis dato Klassenlöhne bis zu 75 Pfg. pro Stunde ge-

zahlt. Durch Anerkennung eines Tarifes seitens der Unter-

nehmer sind die Löhne bis zum Jahre 1914 festgesetzt, und

betragen bis 1. April 1912 pro Stunde 75 Pfg., bis 1. April

1913 80 Pfg. und bis 1. April 1914 85 Pfg. Wenn wir nun

einen kurzen Rückblick auf das verlossene Jahr in der neuen

Organisation machen, so können wir aussprechen, daß unsere

Organisation gefestigter denn je dasteht, über 70 000 neue

Mitglieder in einem Jahre, das ist ein Erfolg, wie wir ihn

in beiden Verbänden früher nicht zu verzeichnen gehabt

haben. Diese Zahlen schon mühten unserer Bruderorganisa-

tion (Zimmerer) beweisen, daß nur ein einheitlich Ganzes

in der Lage ist, dem Unternehmertum die nötige Wider-

standskraft entgegenzusetzen. Auch wir in Lübeck können

mit Befriedigung feststellen, daß unsere Kollegen sich sehr

schnell in die veränderten Verhältnisse hineingefunden haben.

Trotz der großen Arbeitslosigkeit wurden zirka 150 Mitglie-

der neu gewonnen. Es konnte ja auch garnicht anders sein,

die Lübecker Bauarbeiter werden den Ruf als straffe Orga-

nisationskraft, wie es in den früheren Jahren war, auch in

Zukunft beibehalten. Deshalb, Kollegen, an die Arbeit! Noch

ein Jahr des Friedens und wer weiß, was dann den Bau-

arbeitern Deutschlands beschieden sein wird. Wir wollen uns

heute noch keinen Illusionen hingeben über dies oder jenes,

wir wollen uns in neuen Jahre nur geloben, alles daran

zu setzen, die Säumnigen anzuspornen, die Indifferenten auf-

zurufen. Wenn wir das tun, in diesem Sinne wirken, so

sind wir der festen Überzeugung, daß auch im Jahre 1918

die Bauarbeiterschaft Deutschlands den Sieg davon tragen

wird.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen,

Sonabend, abends 7 Uhr, gelangt bei kleinen Preisen

Schillers Schauspiel „Die Räuber“ zum letzten Male

zur Aufführung. — Am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, geht

in neuer Einstudierung Verdis große Oper „Der Masken-

ball“ in Szene. — Das für Dienstag, den 13. Februar

bereits angekündigte Gastspiel Benmarini als „Lannhäuser“

muß leider infolge Erkrankung des Fr. Widhalm um acht

Tage verschoben werden.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Sonntag

geht in neuer Einstudierung das reizende Lustspiel „Doktor

Klaus“ von Adolph Arronge in Szene.

w. Mölln. In der gestrigen Schöffen-

gerichtsitzung wurde u. a. der Diensthecht Ang aus

Vankau wegen Beleidigung des dortigen Lehrers zu 10 Mk.

Geldstrafe verurteilt. Ang hat im jugendlichen Übermut als

er beim Schulgebäude in V. während der Unterrichtszeit vor-

beigang gerufen: tumm mal rut. Hierdurch hat sich der

Lehrer beleidigt gefühlt. — Der Buchdruckereibesitzer Wärich

(Möllner Str.) von hier war angeklagt in seinem Betriebe

Kinder unter 12 Jahren beschäftigt zu haben. B. gibt den

Sachverhalt zu, will jedoch in Unkenntnis bezüglich das Al-

ters des betreffenden Knaben gehandelt haben. Urteil:

5 Mk. Geldstrafe. — Der Arbeiter Brüggemann von hier ist

angeklagt, die Ehefrau des Hufners Brandt in Altmölln so-

wie diesen selbst körperlich mißhandelt und mit einem oße-

nem Messer bedroht zu haben. — Der Stiefsohn des Ange-

klagten dient bei Brandt in Altmölln und als dem Stief-

vater mitgeteilt wird, daß der Stiefsohn von Brandt schlecht

behandelt wird, trinkt er sich erst die nötige Kurage an,

geht nach Altmölln und fragt Frau Brandt, wo der Junge

sei; als er von Frau Brandt Auskunft nicht erhält, soll er

diese aus der Tür gestoßen und durch den Fall soll Frau B.

die Körperverletzung erlitten haben. Auf der Straße bege-

nete der Angeklagte nun den Hufner Brandt, der Dung

fährt, fiel den Pferden in die Zügel und fragt ebenfalls wo

sein Stiefsohn sei. Brandt soll auch eine ausweichende Ant-

wort gegeben haben, worauf der Angeklagte dem Brandt

einen zwei Finger dicken Stock weggenommen und mit diesem

auf Brandt eingeschlagen haben soll. Der Angeklagte will

in Notwehr gehandelt haben und ist auch tatsächlich von

Brandt mit einem bei den Alten liegenden Taschmesser

wegworfen worden, kann jedoch Beweise hierfür nicht er-

bringen. Urteil: Für die Körperverletzung der Frau Brandt

3 Wochen, für die des Hufner Brandt

4 Wochen, zusammen 6 Wochen Gefängnis,

megen der Bedrohung erfolgt Freisprechung. —

Der Steuermann Stehr aus Donnerschleufe ist der Unter-

schlagung von 100 Mk. angeklagt. St., der Geld von dem

Kaufmann D. in Mölln zu fordern hat, will die 100 Mk.

von D. erhalten haben und nur dann an seinen Kollegen

abliefern, wenn D. an einem bestimmten Tage nicht nach

Donnerschleufe käme. D. behauptet, er habe St. nur als

Boten für die Überfertigung gebraucht und da St. die 100 Mk.

für sich behält, wird er wegen der verweigerten Sachlage in

die niedrigste Strafe von 3 Mk. verurteilt. — Der Water-

gehilfe Sievert hat dem Watermeister Saß 7 Arbeitsstunden

in Rechnung gestellt, die Sievert nicht gearbeitet hat. Er

ist deshalb des Betruges angeklagt. Saß als Zeuge erklärt,

er würde die Anzeige nicht erstattet haben, der Angeklagte

hätte ihn jedoch an die Wandtafel in der Schule zu Braun-

markt karikiert. Der wegen dieser Sache auswärts in

Unterrichtsdienst stehende, vom Gericht entbundene An-

geklagte wird zu 1 1/2 Tage Gefängnis verurteilt.

Hamburg. Von einem Dampfmaschinen-

getötet. Auf der Reiherrstieg-Schiffswerft verunglückte der

Schiffbauhelfer Frh. Kubmann dadurch, daß beim Einsetzen

des Schornsteins auf einem Neubau der Schiffschiffwerk

was zur Folge hatte, daß der Schornstein herunterfiel.

Kubmann wurde durch den Sturz des Schornsteins an Kopf,

so schwer verletzt, daß der Tod schon auf dem Transport

zum Krankenhaus eintrat. — Wegen Doppelt Ehe hatte

sich die jetzige Ehefrau Emma Dorothea Keller vor dem

Landgericht Hamburg zu verantworten. Die Angeklagte

hatte im Juli 1891 in Grevesmühlen einen Kaufmann

Ohje geheiratet, der sie bald nach geschlossener Ehe wieder

verließ und sich nicht weiter um sie beküm-

berte. Nachdem sie 13 Jahre an verschiedenen Stellen im

Dienst gestanden, heiratete sie im August 1904 den Schneider

Keller, wobei sie auf dem Standesamt verschwiege, daß ihre

erste Ehe noch bestände. Das Bestehen der Doppelt Ehe wurde

schließlich entdeckt und die Anklage erhoben. Die Angeklagte

erklärte, sie habe geglaubt, daß ihre erste Ehe nicht mehr be-

stehe, weil ihr erster Mann sich 13 Jahre nicht um sie be-

kümmert habe. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate

Gefängnis. Bei der Sachlage erkannte das Gericht in über-

einstimmung mit dem Verteidiger auf das gezielte Straf-

minimum von sechs Monaten Gefängnis.

Neumünster. Selbstmord eines Kindes. Der

9-jährige Sohn des Arbeiters Gress entkleidete sich völlig und

erhängte sich dann auf dem Boden der elterlichen Wohnung,

Furcht vor Strafe wegen einer Urnt soll das Motiv der

Tat gewesen sein.

Kiel. Wegen Diebstahls und Unter-

schlagung fiskalischer Gelder hatte sich der Ma-

rinewerkmeister Rosengart von der Kaiserl. Werft vor der

Strassammer in Kiel zu verantworten. Werführer Reeg

sollte am 25. Januar 1911 mit 14 Mann nach Sonderburg

um dort auf dem Kreuzer „Prinz Heinrich“ Arbeiten zu

richten. Rosengart mußte vor der Abfahrt die Reisekosten-

Verrechnung aufstellen und rechnete dabei 1625 Mk. heraus.

Diese Summe verringerte sich dann aber auf 1144 Mk., da

sich herausstellte, daß die Leute an Bord verpflegt werden

sollten. Die 1144 Mark hob Rosengart von der Kasse ab,

zahlte an Reeg aber nur 924 Mark aus, 220 Mk. behielt er

zurück. Zu Reeg sagte er, er habe nicht mehr als 924 Mark

bekommen. Als Reeg sich dann die 924 Mk. in seinen Beutel

zählte, half Rosengart dabei, und bei dieser Gelegenheit ent-

wendete er ihm von dem Gelde vier Hundertmarkstücke.

Reeg vernahm das Geld erst in Sonderburg, er fuhr sofort

nach Kiel zurück und ging mit zwei Kriminalbeamten in die

Wohnung des Rosengart, wo er das Geld wieder

bekam. Die 220 Mark hat Rosengart später

ebenfalls zurückzahlen müssen. Er hatte

reichlich Schulden, die angeblich seine frühere Frau gemacht

haben soll. Zur Deckung dieser Schulden hatte er bei aus-

wärtigen Banken Darlehen von 2500 Mk. bzw. 3000 Mk.

aufgenommen. Seine Vermögenslage war also keine gute,

trotzdem er 3400 Mk. Gehalt und außerdem noch etwa 600

Mark Wohnungsgeld bezog. Das Gericht sprach Rosengart

in beiden Fällen schuldig und verurteilte ihn zu einer

Jahr Gefängnis, 3 Jahren Freiheitsverlust. Außerdem

wurde ihm für 3 Jahre die Beschäftigung zur Bekleidung

öffentlicher Ämter abgeprochen und auch sofortige Verhaf-

tung beschloffen. — Der Verdacht der Unterschlagung

ist nun liegt bei einer Erkrankung vor, von der Wittwe

die Frau eines Arbeiters und zwei Kinder befallen wurden.

Die Kranken, bei denen sich festiges Erbrechen einstellte,

wurden auf ärztliche Anordnung der medizinischen Klinik zu-

geführt, wo die Krankheitserscheinungen während der Nacht

fortdauerten, um am Morgen nachzulassen. Nach ihrer eigen-

en Aussage hat die Frau mit ihren Kindern Wurk ge-

essen, die nicht einwandfrei war, doch wird die Unter-

suchung erst feststellen, ob dies tatsächlich die Ursache der

Erkrankungen gewesen ist.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:

Von den organisierten Friseurgehilfen

auf Liste 67 7.— Mk.

Das Parteisekretariat.

Briefkasten.

M. M. Sch. Man sollte solche Sachen nicht mit einem

Wasenball verquiden. — Kommen die beiden zum Ball,

dann ist es ja das gute Recht eines jeden Teilnehmers, mit

ihnen keine Gemeinschaft zu pflegen. Etwas Weiteres kann

nicht unternommen werden, da sonst dem Verein unter diesen

Umständen Schwierigkeiten bereitet werden können.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“

und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul L. Söwigt,

für den gesamten übrigen Inhalt Johanes Stelling,

Verleger: Th. S. W. Schmidt, Druck: Friedr. Meyer u. C.

Sämtlich in Lübeck.

LÜBECK
Holstenstrasse.

Das Charakteristische dieser 48- u. 95-Pfennig-Artikel zeigt sich sowohl in der grossen, schier unerschöpflichen Auswahl, wie in der unerreichten Billigkeit.

Rabattmarken werden mit wenig Ausnahmen auch während der Bazartage verabfolgt.

Große Posten

Blusenstoffe, Kinder-Schotten, Schürzen, Gingham, welche einen weit höheren Wert repräsentieren . . . durchweg m 48

1 Paar Herren-Stricksocken Landwolle	48	1 Damen-Tändelschürze aus imit. Wiener Leinen	48
1 Paar Frauenstrümpfe Wolle plattiert	48	1 Knaben-Schürze Wiener Leinen imitiert	48
1 Paar Dam.-Trikohandschuhe farbig mit 2 Druckknöpfen	48	1 Mädchen-Hemd mit Languetle, Größe 45-60 cm	48
1 weiß. woll. Kopfschal mit Franzen	48	1 Knaben-Hemd 45 bis 60 cm	48

Große Partie

Moderne Frühjahrs-Kleiderstoffe Popeline-Mohairs-Kammgarnstoffe, teilweise mit seidenreichen Bordüren-Effekten, welche einen weit höheren Wert repräsentieren durchweg m 95

1 moderne Kimonobluse in schöner Machart	95	1 Damenhemd m. Languetten od. gestickter Passe	95
1 Frühjahrs-Joupon aus imitierten Wiener Leinen	95	1 Damen-Beinkleid, knielass. mit breitem Stickerei-Volant	95
1 Kinderkleid (4 Größen) aus bedrucktem Barchent	95	1 weißer Anstandsrock aus Croisé mit Languetten	95
Reinwollene Kammgarnstoffe ca. 115 cm breit Meter	95	1 Drell-Korsett mit Spiraleinlage und Schließen	95

Eine Kollektion

Moderner Damen-Gürtel Brokat- und Samtgummi-Gürtel, Ledergürtel, weiß u. farb., Waschgürtel in Leinen u. Rips . . . Regul. Wert bis 3.50 Mk. Serie I 95 Serie II 48

1 Kinder-Eisellmütze weiß oder farbig	48	1 Paar Damen-Strumpfhalter Seidenrüschen-Gummiband	48
2 seidene Damenkrawatten Schleifenform	48	10 Meter Wäschebesatz weiß	48
5 reinseid. Damen-Krawatten Selbstbinder	48	2 Meter Kongreßstoff	48
Doppel-Madapolam-Stickerei Kupon 4 1/2 Meter	48	1 Bettvorlage Linoleum	48

Eine Kollektion

Moderner Herren-Krawatten Diploms, Regalls und breite offene Binder Serie I 48 Serie II 95

1 schwarze Straußfeder ca. 85 cm lang	95	1 Jacke oder Hose für Maschinisten	95
1 Tisch-Serviette 90/90 cm mit Hohlraum	95	1 Männer-Barchenthemd	95
3 Meter Hemdentuch fein und mittelfädig	95	1 Malerkittel für Burschen	95
3 Handtücher, Edelkorn mit roter Bordüre	95	1 Knaben-Leibchenhose Größe 1 bis 6	95

Ein großer Posten

Perlmutter-Knöpfe enorm preiswert. große Kostümknöpfe Serie I 6 Stück 48 Serie II 6 Dutzend sort. Wäsche Knöpfe 48

1 Kinder-Eisellmütze weiß oder farbig	48	1 Paar Damen-Strumpfhalter Seidenrüschen-Gummiband	48
2 seidene Damenkrawatten Schleifenform	48	10 Meter Wäschebesatz weiß	48
5 reinseid. Damen-Krawatten Selbstbinder	48	2 Meter Kongreßstoff	48
Doppel-Madapolam-Stickerei Kupon 4 1/2 Meter	48	1 Bettvorlage Linoleum	48

Mehrere 1000

Weisse Kissenbezüge mit Ecken und Einsatz, in Torchons und Klöppel-Imitation Enorm preiswert 95

1 Normalhemd für Herren in allen Größen	95	1 Leinen-Tischdecke mit Applikation	95
1 Normal-Beinkleid für Herren in allen Größen	95	1 Filztuch-Tischdecke mit reicher Kurbelstickerei	95
1 Gestrickte Damen-Weste schwarz und gemustert	95	1 Schlafdecke mit Bordüre	95
1 Kinder-Sweater weiß oder farbig	95	1 Paar Kamelhaarschuhe imitiert, für Damen oder Herren	95

1 Schmortopf 20 cm	1 Kasserole 14 cm m. Stiel Emaille zusammen	95	1 Wasser-Eimer 28 cm Emaille, extra stark	95
--------------------	---	----	---	----

1 Suppenschüssel mit Henkel	48	1 Kaffee- und 1 Zuckerbüchse lackiert, zusammen	48
1 große ovale Bratenplatte dekoriert	48	1 Briefkasten lackiert	48
1 Kartoffelschale mit Deckel	48	2 Fußmatten	48
1 Milchtopf, 1 Liter Zwiebelmuster	48	1 Bambusständer mit Teller	48

5 Paar Kaffeetassen mit Goldrand Porzellan	95	4 Speiseteller mit Goldrand tief od. flach, Porzellan	95
--	----	---	----

1 Taschen-Feuerzeug solide Konstruktion	95	1 Emaill-Schmortopf 22 cm Durchmesser	95
1 elektr. Taschenlampe mit Batterie	95	1 Emaill-Bratenpfanne lange Form	95
1 mod. Tafelaufsatz mit Vase	95	1 Emaill-Milchkocher mit Deckel	95
1 Bierseidel mit Deckel 1/2 Liter	95	1 Robhaarbeseu u. 1 Handfeger zusammen	95

1 Bürstenhalter mit 5 Bürsten	95	1 Hartholz-Etagere mit 6 Gewürzkränzen	95
---	----	--	----

1 Waschbecken mit Seifennapf emailliert	48	1 Wasserflasche mit Glas auf Tablett	48
1 Pflanze, 20 cm, mit Stiel emailliert	48	1 Fruchtschale auf Metallfuß	48
1 Kaffeekanne emailliert	48	6 Obertassen, Porzellan weiß	48
1 Kehrblech emailliert	48	1 große moderne Blumenvase Porzellan	48

Rein Aluminium-Kochgeschirre Fleischtöpfe, Schmortöpfe, Kasserolen, Stieplannen etc. Stück 95

1 gr. Teekanne mit Patentdeckel Porzellan	95	1 Reise-Handtasche Leder imitiert	95
1 gr. Kaffeekanne Porzellan mit Patentdeckel	95	1 Tornister für Knaben oder Mädchen	95
1 großes Waschbecken dekoriert	95	1 Rucksack mit Lederriemen	95
1 große Wasserkanne dekoriert	95	1 Platte für Grammophone doppelseitig bespielt	95

1 Dose
Echt russischen Astrachan- mild gesalzen
Kaviar 95

1 Pfund
**Frische Leberwurst
Frische Blutwurst
Frische Delikatess-Sülze 48**

Garantiert reiner
1 Glas
Inhalt 1 Pfund
Bienenhonig 95

Vom Lübecker Schlachthof: Frisches Fleisch

Schweinskopf, geräuch.	Pfd. 52	Gerstengrätze	Pfd. 16	Apfelsinen	Dtz. 48, 38, 28	Schweineschmalz	Pfd. 68
Lackstücke, geräuch.	Pfd. 90	Hafergrätze	Pfd. 26	Zitronen	Dutzend 42	Gäneschmalz	Pfd. 120
Flash. Landwurst	Pfd. 130	Buchweizengrätze	Pfd. 21	Goldtrauben	Pfd. 48	Bratenschmalz	Pfd. 60
Prezter Zervelatwurst	Pfd. 130	Managrätze	Pfd. 27	Bananen	10 Stück 48	Palmitin	Pfd. 65
Lebhaer Zervelatwurst	Pfd. 130	Grieß fein	Pfd. 27	Kochäpfel	Pfd. 15	Tilsiter Käse	Pfd. 60
Ältenlän. Fliesenwurst	Pfd. 130	Kartoffel-Graupen	Pfd. 27	Tafeläpfel	Pfd. 22	Tilsiter Käse, vollfett	Pfd. 90
Hildesheimer Leberwurst	Pfd. 100	Sago	Pfd. 27	Tafelbirnen	Pfd. 28	la. Edamer Käse	Pfd. 110
Medlinby. Leberwurst	Pfd. 120	Rosinen ohne Kern	Pfd. 65	Grünkohl	Pfd. 15	Schweizer Käse	Pfd. 100
Sardellen-Leberwurst	Pfd. 100	Korinthen	Pfd. 45	Blumenkohl	Kopf 25	Limburger Käse	Kopf 35
Landleberwurst	Pfd. 70	la. Pflaumen, getrockn.	Pfd. 60	Weißkohl	Kopf 25, 15	Magdeburg. Korbkäse	Stck. 18
Änsekalen geräuch.	Pfd. 100	Backobst gemischt	Pfd. 63	Neue Kartoffeln	2 Pfd. 34	Thüring. Stangenkäse	Stck. 5
Änse-Knochenbrüste	Pfd. 120	Ringäpfel	Pfd. 60	Tomaten	Pfd. 48	Kaiserkäse	Schachtel 25

EIN DOPPELWAGGON
Feinste Braunschw. Konserven
enorm billig!

Suppenspargel	2 Pfd. 68	Leipziger Allerlei, pr. 2 Pfd. 68	2 Pfd. 68	Birnen, rot	2 Pfd. 75
Brechspargel, dick	2 Pfd. 98	Erbsen u. Karotten, fein 2 Pfd. 68	2 Pfd. 68	Kirschen, rot	2 Pfd. 80
Junge Gemüse-Erhen	2 Pfd. 44	Spinat, fein gewiegt	2 Pfd. 60	Mirabellen	2 Pfd. 85
Junge Erbsen, extra fein 2 Pfd. 95	2 Pfd. 95	Teltower Rübchen	2 Pfd. 85	Reineclauden	2 Pfd. 95

Die Matrikularbeiträge in der Thronrede.

Wilhelm II. eröffnete bei höflichem Prunk den Reichstag mit der üblichen Programmrede, die sich dadurch auszeichnet, daß sie außer dem Hinweis auf die Wehroverlage nichts Positives enthält. Wichtig erscheint allerdings, daß Wilhelm II. die Matrikularbeiträge als Grundlage normaler Staatsfinanzen bezeichnet hat.

Was ist es eigentlich mit den Matrikularbeiträgen? Dem Deutschen Reich fehlt es völlig an einer finanziell-politischen Einheit. Wenn schon Reichsausgaben direkter Art bestehen — Militär, Marine, Luftwaffenwesen — als direkte Reichseinnahmen stehen im wesentlichen dem nur indirekte Steuern gegenüber, die in ihrem steuerpolitischen Charakter ein Gemisch von Betriebssteuern und Steuern sind. Die Zuschüsse, welche im alten römischen Reiche deutscher Nation den Einzelstaaten je nach ihrer Kopfzahl bei Kriegsnot auferlegt wurden, fanden im Matrikelverzeichnis. Daher „Matrikularbeiträge“. Der Verfassungsartikel 70 übernahm diesen Gedanken in die Reichsherrlichkeit von 1871. So wurde bestimmt: Insofern die gemeinschaftlichen Ausgaben durch die Einnahmen (Zölle, Verbrauchssteuern und Uberschüsse aus Reichsbetrieben) nicht gedeckt werden, sind die Ausgaben, so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen.

Wäre dieser Beschluß der Reichsverfassung beachtet worden, dann hätte das Deutsche Reich heute überhaupt keine Schulden, oder höchstens nur werbende, die sich verzinsen.

Da die Einzelstaaten wiederum nur direkte Einnahmequellen haben — die Einkommensteuer — so wäre bei wirklich gesunder Handhabung der Matrikularbeiträge möglich geworden, die Kosten des wahren Wohlfühlens alljährlich von neuem auf dem Umwege über die Matrikularbeiträge, die wiederum durch direkte Landessteuern zu ersetzen sind, jedem patriotischen Spieler gründlich am eigenen Geldbeutel bemerkbar zu machen! Wir hätten bei solchen Maßnahmen heute nicht die Flotte und das Heer, wie wir sie jetzt haben.

Die Einzelstaaten haben sich aber von jeher dagegen gewehrt, für die Reichsherrlichkeit aufzukommen. Von 1872 bis 1878 mußten sie bei einem Viertel der deutschen Ausgaben doch tun. Bismarck verlangte 1876 die Übernahme aller Eisenbahnen auf das Reich, er ging 1878-79 zum Schusszoll über, immer in der Hoffnung, so das Reich aus seiner Rossjägerzeit gegenüber den rebellischen Einzelstaaten zu befreien.

Konservative, Nationalliberale und Zentrum bewilligten mehr als Bismarck wollte! Das Zentrum fürchtete aber, seinen parlamentarisch-politischen Einfluß, seine Reichsmacht zu verlieren, wenn es durch feste Geleise dem Reich dauernd sichere Einnahmen zubilligte. Deswegen brachte es die bekannte Clausula Frankensteinein, die bestimmt, daß dem Reiche von seinen neuen Einnahmen nur 130 Millionen Mark verbleiben dürften, der Rest ist als umgekehrter Matrikularbeitrag an die Einzelstaaten abzuführen. Von 1879 bis 1899 erhielten die Einzelstaaten so rund 390 Millionen Mark!

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(15. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Aber Sie haben's doch geborgt und nicht ich!“ sagte er erregt und stellte sich vor seinen Vast. „Sie müssen doch für Zahlung sorgen.“

Da erhob sich der Plethemathe und sagte begütigend, die Hand beschwichtigend erhebend: „Regen Sie sich doch nicht so auf, lieber Schöler! Ich würde es ja von Herzen gern zahlen, wenn ich irgend eine Möglichkeit sähe. Aber woher nehmen? Ich bin mir ja meiner Verpflichtung vollständig bewußt, und es soll Ihnen ja nicht verloren gehen. Sie wissen doch, mein Onkel hat keine Kinder, und einmal komme ich doch, kommen wir alle zu Geld. Ich weiß nicht, warum Sie sich so vor Ihrem Herrn Vater fürchten. Jedes Kind in der Stadt weiß doch, daß er ein schwerer Mann ist. Was sind für Ihren Vater dreißigttausend Mark!“

„Sie kennen meinen Vater nicht,“ stöhnte der andere, schon ein wenig ruhiger.

„Herrgott, na, den Kopf wird's nicht gleich kosten.“ Der Referendar schlug dem Leutnant ermutigend auf die Schulter und lächelte.

„So schlimm ist's ja immer noch nicht, als eine Schanze zu stürmen oder sich vor die Pistole des Gegners zu stellen. Ich sehe Sie noch, wie falköltig Sie auf das Kommando anschlagen. Nicht mit der Wimper gezuckt haben Sie. Wir waren alle voll Bewunderung, Zatschel!“

Auf den jungen Offizier blieb die Schmeichelei nicht ohne Wirkung. Seine zornigen Miene glätteten sich. Er streichte über das Haar und ließ sich auf seinen Stuhl nieder sinken.

„Gibt es denn gar keinen andern Ausweg mehr?“ fragte er.

„Dabe mit schon selbst meinen geschätzten Schädel über diese Frage zerbrochen,“ erwiderte er. „Aber — nichts zu machen! Es bleibt absolut nichts übrig, als daß Sie sich Ihrem alten Herrn entdecken.“

Wieder sprang der Leutnant erregt von seinem Stuhl auf.

„Ich kann nicht, ich kann nicht,“ schrie er und rannte durch das Zimmer.

Der Referendar zuckte mit der Achsel, machte eine Bewegung mit der linken Hand, als wollte er sagen: „Na denn

Der Tammer begann aber dann doch wieder; die Matrikularbeiträge wurden den Einzelstaaten gestundet, es waren für 1906 bis mit 1909 zusammen 351 Millionen Mark!

Die gestundeten Beiträge wurden bei der Finanzreform den Einzelstaaten geschenkt, ihre zukünftige Höchstbelastung mit 30 Pfg. pro Einwohnerkopf festgelegt. Es dauerte nicht lange, so mußte dieser Satz auf 80 Pfg. — insgesamt 50 Millionen Mark — erhöht werden.

Wenn Wilhelm II. in seiner Thronrede jagen dürfte — Bethmann-Hollweg hat sie wohl gemacht — durch die Matrikularbeiträge sei das Finanzwesen des Reichs auf gesunde Wege gekommen, so ist das zum mindesten eine Unrichtigkeit. Die Festlegung der Matrikularbeiträge hat dies gerade verhindert. Alle Küstungsausgaben sollen eben immer wieder durch indirekte Steuern aufgebracht werden, und nicht auf dem Wege über die Matrikularbeiträge durch direkte Steuern, die die Besitzenden treffen!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lüneburger Volksboten“

Berlin den 8. Februar 1912

2. Sitzung, nachmittags 3 Uhr

Alterspräsident Abg. Träger eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß ein vom Abg. Dr. Wassermann gestellter Verfassungsantrag vorliegt.

Wassermann (M.): Die Verhandlungen in den Fraktionen haben große Schwierigkeiten ergeben. (Große Heiterkeit.) Ich beantrage daher, die heutige Sitzung zu vertagen und die Wahl des Präsidenten morgen vorzunehmen, etwa um 2 Uhr.

Groß (Z.): Ich stimme dem Vorschlag des Vorredners bei (Heiterkeit).

Die Vertagung wird einstimmig beschlossen (Große Heiterkeit).

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.)

Schluß 3 1/2 Uhr.

Das Doppelprotektorat über Persien.

Wie jetzt auch von offizieller russischer Seite zugegeben wird, nähern sich die russisch-englischen Verhandlungen über Persien ihrem Abschluß. Eine offene Teilung Persiens wollen die beiden konkurrierenden Bündnis-mächte vorläufig vermeiden, denn abgesehen von den internationalen Schwierigkeiten, würde das zu fortwährenden Streitigkeiten und Reibungen zwischen Rußland und England führen. Jede der beiden Mächte hat außerdem ihre geheimen Absichten und Befürchtungen. England hat allen Grund, seinen asiatischen Konkurrenten und jetzigen Bundesgenossen in möglicher Entfernung von der indischen Grenze zu halten, um den lange gehegten Plan einer Brücke zwischen Indien und Ägypten durch das Vorderasien Rußlands nicht vereitelt zu sehen. Rußland dagegen hat den Wunsch, nach dem Persischen Golf vorzudringen, keineswegs aufgegeben und wartet nur auf eine günstige Gelegenheit, um das Abkommen mit England über den Hafen zu werfen und sich wie ein Keil nach dem warmen Meere vorzuschieben. So stehen sich die beiden Bündnis-mächte gegenüber, zusammengeschnitten durch das gemeinsame

Verbrechen an dem mehrloren Persien, voll Haß und Mißtrauen zu einander wegen der geheimen Pläne für die Zukunft.

Vorläufig heißt es für die beiden Staaten, eine an-gängige äußere Form finden, die einerseits dem geschil-derten Verhältnis gerecht wird, und andererseits jedem der beiden Raubstaaten das Maximum an sofortigen Er-folgen garantiert. Dieses Ziel dürfte erreicht werden durch die Proklamation des russisch-englischen Protektorats über Persien, die, wie aus russischen und englischen Quellen übereinstimmend her-vorgeht, nahe bevorsteht. Die „Nowoje Wremja“ erklärt, der englisch-russische Ver-trag von 1907, der alles Unheil und alle Wirren in Per-sien heraufbeschworen habe, müsse jetzt abgeändert und durch einen anderen ersetzt werden. Das „Prinzip der Nichteinmischung“ (weshalb ein Hohn!) könne gegenüber Persien nicht mehr eingehalten werden! Wie das offiziöse Blatt aus „sicheren“ Quellen mitteilt, haben die Verhand-lungen zwischen Rußland und England folgende Haupt-punkte zum Gegenstand: 1. die genaue Festlegung der Rechte beider Staaten in ihren Einflußsphären; 2) die An-erkennung der entsprechenden Kontrolle der direkt inter-essierten Macht über die Handlungen der persischen Re-gierung in ihrer Einflußsphäre; 3. die endgültige Ent-scheidung der Frage betreffend den Erzäh und 4. den Abschluß einer Anleihe zur Regelung des Verwaltungs- und Heerwesens in Persien.

Wie aus diesen Punkten hervorgeht, soll das „Pro-tektorat“ Rußlands und Englands über die entsprechenden „Einflußsphären“ auf sicherer Grundlage aufgebaut werden. Was etwa in den diplomatischen Vereinbarungen fehlen sollte, wird durch die Militärmacht ergänzt werden, die sich in Persien heimlich eingerichtet hat. Die russische Regierung gibt sich zwar den Anschein, als ziehe sie ihre Truppen aus Kaswin nach der kaukasischen Grenze zurück. Zugleich dirigiert sie aber, angeblich zur Ergänzung und Abklärung der jetzt in Persien stationierten Truppen von neuem 2000 Mann von Transkaukasien nach Persien und macht nicht die geringsten Anstalten, ihre Besatzungen aus Täbris, Meshed und anderen wichtigen Städten zurück-zuziehen. In der Gegend am Urmalee macht sich eine immer regere militärische Tätigkeit der Russen bemerkbar, die u. a. Choi und verschiedene Punkte an der Straße nach Urmia besetzt haben. Die russischen Truppenkonzent-rierungen in diesem von der Türkei angefochtenen Gebiet stellen, abgesehen von ihrem protektoratorischen Charakter, eine direkte Bedrohung der türkischen Ver-teidigungslinie in der nördlichen Hälfte Kleinasiens dar, deren rechte Flanke jetzt äußerst gefährdet ist. Von diesem Standpunkt betrachtet, gewinnt das Vorgehen Rußlands in Nordpersien ein weit erhellteres Gesicht. Wie verschiedene Ereignisse der letzten Zeit gezeigt haben, ist die russische Diplomatie wieder eifrig daran, den Brand am Balkan zu schüren. Geht dort im Frühling wie-der die Flinten los, so dürften die russischen Truppenan-sammlungen im Urmaleegebiet eine Bedeutung erlangen, die weit über die Grenzen Persiens hinausgeht.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion bestimmte als Redner zum Stat die Genossen Scheidemann, Dr. Frank, Ledebour und Dr. David. Ferner wurde beschlossen, eine Interpellation einzubringen, in wel-

ihren Bewegungen prägte sich das stolze Glücksgefühl aus, die Liebe eines so schönen und tüchtigen Mannes errungen zu haben.

Der Assessor aber ließ es auch an nichts fehlen, seiner Braut und deren Eltern die Überzeugung einzufloßen, daß sie eine bessere Wahl garnicht hätten treffen können. Ritterlicher und aufmerksamer konnte kein Bekannter seiner Braut begegnen. Jeden Morgen, Tag für Tag wurde der glücklich errötenden Braut ein frischer, geschmackvoll gewundener Strauß mit einem Gruß des Bräutigams gebracht. Im Laufe des Vormittags erschien er selbst, um sich nach dem Befinden der Braut und der Frau Schwiegermama zu erkundigen. Am Nachmittag wurden regelmäßig Spazier-fahrten in Gesellschaft Frau Schölers unternommen, die im Anblick des Glücks ihrer Tochter in süßen Erinnerungen schwelgte.

Zu den Spazierfahrten war eigens ein neuer eleganter Landauer angeschafft worden, auch zwei neue Kutschpferde hatte Herr Schöler auf Vitten seiner Frau und unter dem Beistand seines pferdebundigen Schwiegersohnes angeschafft. Daß sie dreimal soviel kosteten als die früheren, die nun vor den Arbeitswagen gespannt wurden, schmerzte den spar-samen Mann etwas, aber vor seinem eleganten Schwieger-sohn hatte er sich auch nicht kühnertig zeigen wollen. Über-haupt der ganze Haushalt war auf einen andern Fuß ge-bracht worden. Ein Teil der Möbel war als unmodern und zu einfach ausgerangiert und ein paar Zimmer ganz neu und stilvoll nach modernem Geschmack eingerichtet worden. Das Wintervergnügen hatte der Fabrikbesitzer erhöhen und verbessern müssen, denn der neue Verkehrskreis, sein Aufstieg und der damit verbundene tägliche Verkehr mit der Stadt und endlich die Bewirtung der Kameraden, die dieser häufig in das Elternhaus mit-brachte, alles das machte nicht nur eine umfassendere, sondern auch eine weit kostspieligere Gastfreundschaft zur Pflicht, als sie ehemals im Schölerschen Hause üblich ge-wesen.

Wenn der Hausherr, dem Sparsamkeit und Einfachheit in seinem arbeitsreichen Leben zur zweiten Natur geworden war, gelegentlich gegen diese gar kein Ende nehmende Ver-teuerung der Lebensführung Widerspruch erhob, begehrte ihm seine Gattin jedesmal mit dem Hinweis auf die Pflich-ten, die man den Kindern, die einer andern Zeit und andern Verhältnissen angehörten, schuldete. Ob ihn denn nicht der Gedanke an die glänzende Zukunft des Sohnes, die Beob-achtung des Glücks, dessen ihre Tochter sich erfreue, reichlich entschädige für alle Ausgaben?

(Fortsetzung folgt)

nicht!“ Laut meinte er philosophisch: „Na dann: Behängnis, nimm deinen Lauf!“

Paul Schöler blieb jah stehen.

„Wie meinen Sie?“

„Ich meine: Sie sollten sich klar machen, was nun ge-schehen wird, wenn der Wechsel morgen nicht prompt einge-löst wird. Dann wird meiner vorgesetzten Behörde und Ihrem Regimentskommando Anzeige gemacht. Wir gehr's an den Kragen und Ihnen erst recht. Mit der ersten Kalamität würde ich mich abzufinden wissen. Die Ehre steht ja diesmal nicht auf dem Spiel, denn es ist nur 'ne einfache Wechsellschuld. Aber daß auch Sie bei der Gelegenheit um die Gte gehen würden, das täte mir sehr leid.“

Paul Schöler hatte nicht die Kraft, etwas zu erwidern. Die Gedanken wirbelten ihm bunt durch den Kopf, und heiße Schauer durchrannten ihn. Entweder der schlichte Ab-schied oder die Unterredung mit seinem Vater. Die Alter-native war furchtbar. Dennoch — das sah er endlich ein — blieb ihm nichts übrig, als sich dem Unausweichbaren zu unterwerfen. Und so begab er sich ohne weiteren Verzug in die Wohnung seiner Eltern, um sich zunächst seiner Mutter zu entdecken. Frau Schöler nahm die schlimme Nachricht nicht mit der Verzweiflung und dem Entsetzen auf, das der Leutnant erwartet hatte. Sie befand sich während dieser Zeit des Brautstandes ihrer Tochter und der Herstellung der Ausstattung in einer viel zu gehobenen Stimmung, als daß sie sich so leicht hätte entmutigen lassen. Paul sollte das weitere getrost ihr überlassen; sie werde schon dafür Sorge tragen, daß die fatale Angelegenheit geordnet werde.

Trotz dieser tröstlichen Zuversicht befand sich Paul Schöler den Abend über in einer höchst unbehaglichen Stimmung. Der Bissen quoll ihm im Munde, während er sich die über-raschung, den Zorn seines Vaters ausmalte, wenn ihm die Zumutung gestellt werden würde, für die leichtsinnige Wechsel-schuld einzutreten. Zerstreut und einflüßig hörte er dem leb-haftem Gespräch zu, das zwischen den Eltern und Assessor Richard geführt wurde.

Auch Helene sprach nicht viel; es genügte ihr, ab und zu einen Handdruck von dem an ihrer Seite sitzenden Ver-lobten zu erhalten und bewundernd in sein ernstes, schönes Männerantlitz zu blicken. Die unbedeutende, zarte Blon-dine hatte sich in den letzten Wochen wunderbar verändert. Das tiefinnerliche Glück, das ihr Herz zu schnelleren Schlägen antrieb, goß über die ganze Erscheinung etwas Ver-fländendes aus und gab ihrem Wesen etwas Gehobenes, Elastisches, Anmutvolles, das ihr bisher nicht eigen ge-wesen. Ihre Augen leuchteten intensiver, in ihren Miene strahlte frohe Zufriedenheit, und in ihrer Haltung und in

der die Aufhebung des Kartellgesetzes und der Hölle auf Untergründe und Mais geordert wird. Rechner hierzu sind die Genossen Boel und Antrick. Als erster Initiativantrag soll die Reform der Geschäftsordnung des Reichstages zur Verhandlung gebracht werden. Die Fraktion wird wieder eine größere Anzahl Initiativanträge einbringen, darunter den Antrag auf Einführung der Ministerverantwortlichkeit; den Antrag auf Abänderung der Verfassung, wonach zu einer Kriegserklärung die Zustimmung des Reichstages erforderlich ist; den Antrag auf Einführung des Proporz, des Frauenwahlrechts; Festlegung eines Sonntags als Wahltag; Lieferung amtlicher Wahlurnen. Die sozialpolitischen Anträge wurden einem Ausschuss von 21 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie. Die Granitwerksbesitzer in Bayern stellen an ihre Arbeiter ein eigenartiges Ansinnen. Die Steinarbeiter hatten eine Tarifvorlage eingereicht und mit Mühe und Not konnten die Unternehmer zu Verhandlungen gezwungen werden. Der Tarif ist nun so ziemlich durchgearbeitet, da kommen auf einmal die Unternehmer mit dem Wunsch, das bisher freie gewährte Werkzeugprozent gewährt werden sollen. Aber die Auszahlung dieses Prozents soll erst am Jahresabschluss geschehen. Wer unter der Zeit sein Arbeitsverhältnis löst oder zu lösen gezwungen ist, soll die Prozente, also einen Teil des verdienten Lohnes, nicht erhalten. Die Steinarbeiter haben eine solche Zumutung zurückgewiesen. Wie man hört, planen die Unternehmer eine Aussperrung, weil die Arbeiter diese sonderbare „Sozialpolitik“ nicht mitmachen wollen. Der Streik im Granitwerk Korb und Töpelmann-Gera geht ungehindert weiter. Die Firma will in Sachsen und Bayern Arbeitswillige anwerben. Die Granitarbeiter mögen dies beachten. In Maastricht konnte für etwa hundert Sandsteinhauer ein neuer Tarif abgeschlossen werden. Die Erhöhung des Stundenlohnes beträgt innerhalb zwei Jahren fünf Pfennige.

Oldenburger Landtag.

h. Eine Gemeinde-Ordnungs-Reform debattierte entwickelte sich in der Donnerstag-Minutendebatte des Landtags aus Anlaß des Antrags der sozialdemokratischen Fraktion auf Revision der Gemeindeordnung. Abg. Behrens (Soz.) begründete den Antrag und hob die besonders fühlbaren Mängel der Gemeindeordnung hervor, dabei ein erweitertes Wahlrecht für alle Personen vom 1. Jahr an ohne Unterschied des Geschlechts fordernd, die Befreiung des Grundbesitzers in der Vertretung, Beseitigung des Befähigungsrechts der Gemeindevorsteher und Beigeordneten und Ausbau der Selbstverwaltung der Gemeinden. Die Liberalen hatten unter Ablehnung des Antrags unserer Fraktion einen Abschwächungsantrag eingereicht, der 1. allen im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen 24 Jahre alten männlichen Personen das Wahlrecht geben will, die 3 Jahre in der Gemeinde wohnen und zu den Gemeindeforderungen beigetragen haben; 2. das passive Wahlrecht den weiblichen Gemeindeangehörigen geben will, die seit 3 Jahren in der Gemeinde wohnen und entweder verheiratet sind oder als selbstständig steuerpflichtig zu den Gemeindeforderungen beigetragen haben; 3. die Einführung der Verhältniswahl allgemein geschehen; 4. die Gemeindevorsteher nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit und des Interesses an der Gemeinde erheben will; 5. das seit 1855 bestehende 2/3-Vorrecht des Grundbesitzers in der Vertretung auf 1/2-Vorrecht zu ermäßigen beabsichtigt.

Während die Sozialdemokratie eine gründliche Reform bejurüvorierte, trat der Liberalismus für die abgeschwächte Reform ein, das jetzige Recht als das liberalste in Deutschland preisend, dem zwar noch einige Mängel anhaften, die beseitigt werden können. Das Zentrum lehnte diese Reform ab, mußte aber doch zugestehen, daß die Gemeindeordnung Mängel materiellen Rechts enthält, die zu beseitigen sind. In bezug auf das Frauenwahlrecht meinte der Sprecher des Zentrums, Abg. Dr. Driver, daß dies zum christlichen Zwist und Scheidung führen würde. Abseitig aber mußte die Schaffung eines kommunalverwaltender Ausschusses anerkannt werden, wobei die Bemerkung des Abg. Helbig (Nat.) erwähnenswert ist, der ausführt, daß heute die Kapitalvermögen zum größten Teile der Besteuerung entzogen werden.

Während in der vorigen Legislaturperiode des Landtages jede Gemeindeform abgelehnt wurde, haben sowohl die Parteien als auch die Regierung sich genötigt, manche Mängel anzuerkennen. So erklärte der Staatsminister, daß nach Ansicht der Regierung ein dringendes Bedürfnis für die Neuordnung des Kommunalabgabensystems vorliegt, die Regierung aber warten wolle bis zur Einleitung des betr. Gesetzes in Preußen. Eine allgemeine Reform der Gemeindeordnung lehnt die Regierung ab, hielt die Ansässigkeitsdauer für nötig, zumal sie erst kürzlich im Landtagswahlgeseß eingeführt, sagte auch, daß das Grundbesitzerwahlrecht nicht ganz beseitigen lasse und hielt das passive Wahlrecht für eine Inkonsequenz, wobei Staatsminister Scheer die Äußerung tat, wenn man den Frauen das Wahlrecht in irgend einer Form gebe, man es nicht auf die selbstständigen Frauen beschränken könne, sondern es dann allen geben müsse, welche Äußerung von unseren Genossen unterstrichen wurde. Die Heranziehung der Frau zu den verschiedenen Kommissionen erkannte der Staatsminister als berechtigt an, und der Oberbürgermeister Lappenbeck erklärte, ohne Mitwirkung der Frau könne ein großes städtisches Gemeinwesen nicht mehr aufkommen, auch werde die Frau bestreudend auf manche Geschäfte der Gemeindeverwaltung wirken. Man sieht, die fortgeschrittenen Reformforderungen unserer Genossen, die vor ein paar Jahren kaum nennenswerte Unterwürfung fanden, ließ sich heute nicht mehr so glatt abschlagen.

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag auf Revision mit 21 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der Antrag der Liberalen alsdann mit 22 gegen 19 Stimmen angenommen; für den Antrag stimmten nun auch die Sozialdemokraten. Erledigt wurden dann noch verschiedene kleinere Gesetze für das Fürstentum Birstein und ein Antrag des Abg. Dörr auf Erlass eines Gesetzes, das die Verkopplung von Grundstücken in Birstein ermöglicht.

Aus der Praxis der Berliner Streikbrechervereinigung.

Der bekannte Berliner Streikbrecheragent Karmarck führt wieder die Kalamität vor für seine Streikbrecherkolonne. Er versendet an die Industriellen ein Zirkular, in dem er sein Bestreben, das Reich „Antigewerkschaftliche Vereinigung“ nennt, als die älteste und reichste Vereinigung Arbeitwilliger bezeichnet, die in zwei Jahren 50 Streiks und Sperrungen

unterdrückt habe. Die Antigewerkschaftliche Vereinigung habe 800 Anhänger und es sei ihr Prinzip, mit Hilfe der Industriellen unberechtigte Lohnforderungen und Streiks sowie Sperrungen der sozialdemokratischen Organisationen zu vereiteln. Dem Zirkular ist folgendes Vertragsformular beigelegt:

Vertrag.

Die Antigewerkschaftliche Vereinigung unter meiner Leitung stellt der von Ihnen organisierten Arbeitern beschrifteten Firma

ihre Leute unter nachfolgenden Bedingungen für die Dauer des Streiks oder der Aussperrung:

Die Leute erhalten bei . . . ständiger Arbeitszeit an garantierten Tagelöhnen von 5,50 Mk., auch kann die Arbeit in Accord vergeben werden. Außerdem freie Kost und Unterkunft im Werk, auch Sonntags. Sollte sich das Unterbringen der Leute im Werk nicht ermöglichen lassen, so bekommt jeder Arbeiter als Kost- und Logischädigung pro Arbeitstag 1,80 Mark bis zur Auflösung des Vertrages.

Ferner freie Hin- und Rückfahrt . . .

Der Hin- und Rückfahrtstag sind Arbeitstage und werden als solche bezahlt.

Diesem Arbeiter, welche ihre Arbeit früher aufgeben, haben keinen Anspruch auf Rückfahrtsentschädigungen und Reisefahrt und fällt selbiges der Firma zu.

Zur Unterhaltung der Vereinigung zahlt die Firma pro Mann und Arbeitstag 1 Mk. bei Wochenschluß per Post an meine Adresse.

Dieser Vertrag gilt nur für Mitglieder von industriellen Verbänden und erhöht sich der Lohn pro Mann und Arbeitstag um 1 Mark für Nichtmitglieder eines Verbandes.

Hochachtungsvoll
Karmarck, (eigenhändige Unterschrift)
Berlin N. 20, Orthstraße 71.
Leiter der Antigew. Vereinigung.

Unterschrift der Firma:

Wie man sieht, ist die Streikbrechervermittlung für die Herrn Unternehmer eine kostspielige Geschäfte, 5,50 Mark Lohn, 1,80 Mk. Verpflegung (auch Sonntags) und 1 Mark Zubaßgeld, macht 8,30 Mk. pro Tag ohne Reisegeld. Nichtorganisierten Unternehmern kostet ein Streikbrecher 9,30 Mk. pro Tag.

Die Geschäftsverbindungen des Karmarck sind ziemlich umfangreich. Nach Leopoldshagen, Alsenburg, Wismar, Halle a. S., Detmold, Hamburg, Berlin, überallhin vermittelt er seine Streikbrecher. Und die Unternehmer lassen sich eine Niederringung ihrer organisierten Arbeiter etwas kosten. Da kommt es denn nicht darauf an, ob die Streikbrechergeld doppelte so viel kostet, als das Streikobjekt, um deswillen die Bewegung ausbrach. Die Hauptsache ist, organisierten Arbeitern den Fuß in den Nacken zu legen.

Die Industriellen fargen auch nicht mit Anerkennung, selbst wenn ihnen ein Lob der Streikbrecher manchmal schwer fallen mag. Es gilt der guten Sache. Karmarck beruft sich auf eine Anzahl Anerkennungsschreiben aus Berlin, Wismar, Nordhausen, Detmold, Hamburg etc.

Aus diesen Referenzen geht hervor, daß der Karmarck alles mögliche liefert und daß die Unternehmer angeblich mit der Gesellschaft zufrieden sind, selbst hinsichtlich ihres Betragens. Und das trotz Moabit, Klostak, Lübeck!

Aber die schamhaften Unternehmer und die Streikbrecherkolonnen gehören zusammen und sie werden beieinander bleiben, bis die Macht der organisierten Arbeiterschaft auch den Schandfleck der Streikbrecherkolonnen ausgeremert hat.

Aus dem Gerichtssaal.

Im Kampfe mit der Militärjustiz. Einen tiefen Einblick in das zumeilen geheime Walten der Militärjustiz gewährte eine Verhandlung, die vor dem Kriegsgericht in Halle a. d. Saale gegen den langjährigen Kriegsgerichtsfunktionär Adolf Soffmann von Torgau begann. D. wird der Beleidigung einiger Exzellenzen, mehrerer Kriegsgerichtsräte von Halle, Torgau und Magdeburg und der fälschlich Inschuldigung beschuldigt. Zu der Verhandlung, die mehrere Tage dauern wird, sind 40 bis 50 Zeugen, Generale, eine große Anzahl Kriegsgerichtsräte, Sekretäre usw. geladen. Der Angeklagte hat gegen die Justizbeamten sehr schwere Vorwürfe erhoben, behauptet aber, den Wahrheitsbeweis erbringen zu können. Den Verhandlungsführer Dr. Müller und den nachher als Ergänzrichter hinzugezogenen Kriegsgerichtsrat Dr. Kühne lehnte er als besangene ab. Die Herren, so meinte er, könnten nicht unparteiisch urteilen, weil sie mit den Personen, die er beleidigt haben soll, in einem kollegialen, freundschaftlichen und gesellschaftlichen Verkehr ständen. Kriegsgerichtsrat Kühne, der mitentstehenden solle, ob Dr. Müller besangene ist, sei Müller zu hohem Dank verpflichtet, weil dieser einmal über Kühne zu Gericht gesprochen und letzteren freigesprochen habe. In dieser Vorverhandlung, in der es zuweilen recht erregt herging, konnte ein als Zeuge geladener Kriegsgerichtsrat nicht unterlassen, dem Angeklagten bei dieser Gelegenheit den Ruch zu machen: „Das ist eine neue Beleidigung.“ Der Vorstehende schritt dagegen ein. Kriegsgerichtsrat Kühne teilte dann, um nichts zu vertuschen“, mit, daß er allerdings einmal wegen fahrlässiger Freiheitsberaubung angeklagt gewesen, unter Leitung Dr. Müllers in erster Instanz freigesprochen, dann aber von dem Obergerichtsgericht auf Berufung zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden sei. — Als dem Angeklagten bedeutet wurde, daß der gesellschaftliche und kollegiale Verkehr unter den Richtern doch kein Grund zur Befangenheitserklärung sein könne, entgegnete der Angeklagte bitterlich: „Meine Herren, ich folgerte die Befangenheit aus folgender Tatsache: Ich sehe hier heute ohne Verteidiger allein vor Ihnen! Vier Halle'sche Rechtsanwälte lehnten es ab, mich zu verteidigen, weil sie mit den Richtern, die ich beleidigt haben soll, in Verbindung ständen. Dann wandte ich mich an zwei Berliner Rechtsanwälte. Diese lehnten meine Verteidigung ab mit der Begründung: Wir sind Reserveoffiziere und können das nicht machen.“ Der Angeklagte schilderte dann, der heutige Vertreter der Anklage habe ihm den Rat erteilt, auf sechs Wochen in ein Irrenhaus zu gehen. Er habe den Rat auch befolgt, aber nur aus dem Grunde, einen Verteidiger zu bekommen zur Durchdrückung seiner Beweisansätze. Auf Grund altmännlicher Beweise könne er aber nun darlegen, daß er vollkommen gesund sei. Als der Angeklagte weiter schwere Beschuldigungen gegen die Kriegsgerichtsräte erhob und dabei permanent unterbrochen wurde, beantragte er, ihn doch einmal zehn Minuten unbeanstaltet sprechen zu lassen. Das Kriegsgericht ging merkwürdigerweise auf den Antrag ein und gewährte dem Angeklagten nach stattgehabter Beratung eine Redezeit von zehn Minuten ohne Unterbrechung. Der Angeklagte erklärte, seit drei Jahren kämpfe er nun um sein Recht. Sein Verfahren sei von dem Gericht verschleppt worden. Schriftliche Zeugen

beseitigt und Wahrheitsbeweise zurückgehalten worden. Bei einer unbegründeten Wucherbeschuldigung waren die Kriegsgerichtsräte Dredow, Wärensprung und General v. Koch nicht torrest vorgenommen. — Die abgelehnten Richter erklärten sich schließlich für nicht besangene und die Ablehnungsanträge wurden verworfen. Als nunmehr nach vierstündigem Streit die eigentliche Verhandlung beginnen sollte, wurde vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Ja, noch mehr: Es war sogar ein Antrag gestellt worden, den an der Verhandlung teilnehmenden Zeugen ein Schweigegebot aufzuerlegen. Diefem Antrage wurde allerdings nicht stattgegeben. Die Pressereporter hatten nun hinter der verschlossenen Gerichtstür auf einem Treppentritt der Dinge die Augen zu kommen. Ihnen ein Zimmer anzuweisen, wurde abgelehnt. Trotz alledem und alledem werden wir aber hoffentlich einiges über den Verlauf der Dinge berichten können.

Gärtnerlehrlinge werden gesucht!

Wink und Matschläge für Proletariereatern.

Die Gärtnereiunternehmungen und die ländlichen Gutsgärtnereien entfalten gegenwärtig eine rührige Propaganda zur Erlangung von Lehrlingen. Wiederholt findet man in den Lokalt-, Kreis- und Provinzialblättern Annoncen, durch die ein kleiner Krainer, der nur einen Gehilfen oder überhaupt keinen beschäftigt, gleich zwei Lehrlinge auf einmal sucht. Und im redaktionellen Teil dieser Blätter erscheinen zu gleicher Zeit Hinweise und Eingeladene, in denen der „schöne und gesunde“ Beruf des Gärtners gerühmt, und in denen weiter angeführt wird, die Gärtnerei ernähre immer noch ihren Mann, biete viel Gelegenheit zum Selbstandigmachen oder zu einer sonst recht ansehnlichen und auskömmlichen Existenz als herrschaftlicher Gärtner oder dergleichen. Auch zeige sich regelmäßig jedes Frühjahr, daß ein großer Gehilfenmangel bestehe. Entgegenungen von Gehilfenhunger, die derartige Schönfärbereien und wissenschaftliche Darstellungen zu berichtigen suchen, nehmen diese Blätter fast niemals auf, und wenn sie sie wirklich einmal bringen, dann kommen die Lehrlingszüchter mit einer „Widerlegung“ hinterher, in der die Dinge und selbst amtlich ermittelte und festgestellte Zahlen, die ihnen unangenehm sind, auf den Kopf gestellt und in ihr Gegenteil verkehrt werden. Die Unternehmer drohen den Zeitungsverlegern dabei gleich, falls Gehilfenanwerbungen noch weiter berücksichtigt werden sollten, ihnen die Inkassate zu entziehen, durch die sie sonst in ihren Blättern ihre Waren anbieten. Damit ist die Sache ganz im Interesse der betreffenden Lehrlingshändler geregelt. „Kurze Haare sind bald gebürstet“ schrieb im Unternehmervorbandsorgan einmal der Gärtnereibesitzer C. S. Meyer in Braunschweig auf Grund seiner Erfahrungen mit Braunschweiger bürgerlichen Zeitungen, und er empfahl eindringlich, dieses Rezept überall anzuwenden, was seither auch in reichlichem Maße geschieht.

Demgegenüber den Arbeitereltern und Vormündern ungeschämte Aufklärung über die Berufsverhältnisse zu geben, erscheint durchaus notwendig. Nach der preussischen amtlichen Gärtnereistatistik vom 2. Mai 1906 lernen im Königreich Preußen jedes Jahr rund 3000 Gärtnelerhrlinge aus, in 12 Jahren also 36000. In den 12 Altersklassen vom 18. bis 30. Lebensjahre waren aber bloß 19552 gelernte Berufszugehörige (Prinzipale und Gehilfen zusammen) vorhanden; mithin hatten bis zum 30. Lebensjahre bereits rund 16500, das sind volle zwei Fünftel, den Beruf wieder verlassen. Im übrigen Deutschland, für das solch zuverlässige Statistik allerdings noch nicht vorliegt, ist es um nichts besser. Von den im Deutschen Reich alljährlich rund 5000 (vielleicht sogar 6000) neuen Gärtnelerhrlingen sind also rund 2000 im vornherein verurteilt, von dem allzu großen Nachwuchs sich bis spätestens zum 30. Lebensjahre wieder aus dem Beruf hinauszudrängen zu lassen! Die Folge solch unheilvoller Massenlehrlingszüchterei offenbart sich u. a. in den ganz allgemein sehr gedrückten Arbeits- und Lohnverhältnissen, über die hier im besondern nichts weiter gesagt zu werden braucht. Arbeitereltern, die ihre Jungen dennoch dem Gärtnerberufe zuführen wollen, mögen unter diesen Umständen wenigstens für eine passende Lehrstelle Sorge tragen. Zuvor aber wollen sie beachten, daß der Gärtnerberuf auch eine durchaus feste körperliche Gesundheit verlangt, der den fortgesetzten Erklärungen standhalten kann. Nach einer aus den Geschäftsberichten der Krankenkasse für deutsche Gärtner aufgestellten Statistik sind im Durchschnitt der zwanzig Geschäftsjahre (1889 bis 1908) verstorben: an Lungenerkrankungen (meist Lungentzündungen) 36,60 Proz., an Leiden anderer Atmungsorgane 4,62 Proz., Magen- und Darmliden 8,60 Proz., also an Erkrankungsfolgen rund 50 Proz. Nieren- und Blasenleiden mit 3,14 Proz. gehören schließlich auch noch hierzu. Vergleichen mit 8,23 Proz. entfallen zumeist durch die Tätigkeit in den Treibhäusern mit hochgepannter feuchtwarmer Luft. Auch in geistiger Beziehung stellt der Beruf hohe Anforderungen: Botanik und angewandte Naturwissenschaften verlangen ein recht bewegliches Denkfähigkeit. Bei Auswahl der Lehrstelle beachte man folgendes: Ungeeignet sind alle Groß- und Spezialgärtnereien, die Massenkulturen in nur wenigen Pflanzenarten betreiben; ungeeignet sind auch die meisten Gutsgärtnereien, weil diese fast alle technisch sehr zurückgeblieben sind; wenig geeignet sind ferner viele gewerbliche Kleinbetriebe, die infolge unzureichender Kapitalanlagen unentwickelt und vernachlässigt sind. Da eine Lehrlingskolonne von den Berufsverbänden noch nicht vereinbart werden konnte, wolle man als Richtschnur nehmen, daß bis zu zwei Gehilfen ein Lehrling, von drei bis fünf Gehilfen zwei Lehrlinge, von sechs bis neun Gehilfen drei Lehrlinge, von zehn bis vierzehn Gehilfen vier Lehrlinge, auf je weitere sechs Gehilfen ein Lehrling mehr als ein angemessener Zustand hingenommen werden kann. Betriebe mit mehr Lehrlingen sind Lehrlingszüchtereien, in denen die Ausbildung ohne weiteres gefährdet erscheint. Der Lehrvertrag ist schriftlich abzuschließen, weil ihm, bei dem im Gärtnerberuf sonst herrschenden Rechtsirrwarr, andernfalls die feste Unterlage abgeht. Im Vertrage ist dem Lehrlinge u. a. das Fortbildungszuschlagsrecht auszubedingen, weil die meisten Lehrherren sich sonst davor zu drücken pflegen. Lehrgeld wird gewöhnlich nicht bezahlt, es ist vielmehr berufsüblich, daß der Lehrling bei dreijähriger Lehrzeit freie Kost und Logis oder Ersatz dafür vom Lehrherrn erhält. Ein besonderes Lehrgeld rechtfertigen auch die späteren Erwerbs- und Existenzansichten nicht, wie die eingangs angeführten Zahlen schon genügend dartun. Sonstige Auskünfte und Ratsschläge erteilen gern die örtlichen Verwaltungen der gewerkschaftlichen Organisation, wie auch deren Hauptverwaltung (Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein, Berlin S. 42, Quisen-Ufer 1) hierzu bereit ist.

Aus Nah und Fern.

Die schwarzen Posten in Deutschland. In Diegnitz sind bis jetzt 7 Erkrankungen an schwarzen Posten festgestellt worden.

Vom Eisenbahnbau getödet. Von dem Schnellzug Danzig-Stolz wurde auf der Strecke Stolz-Laueburg der Arbeiter Leo Kuffel aus Grünhof überfahren und sofort getödet. Er war mit Schneeschaufeln beschäftigt und hat das Herannahen des Schnellzuges nicht bemerkt.

Durch Kohlenegas vergiftet. Drei Handlungsgehilfen, die bei dem Kaufmann Borch in Belgard (Pommern) in Stellung waren, wurden gestern morgen in ihrem Zimmer tot aufgefunden. Der Tod war durch Einatmung von Kohlenegasen herbeigeführt worden. Das Unglück ist auf Überbeizung des Ofens zurückzuführen.

Kriegervereinsterroristen. In Wöckern (Kreis Jerichow, Reg.-Bez. Magdeburg) hielt der Kriegers- und Landwehrverein kürzlich seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende verbeistete sich über die letzten Reichstagswahlen und gab der Vermutung Ausdruck, Mitglieder des Kriegervers eins seien so pflichtvergessen gewesen, daß sie dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gegeben hätten. Die das getan hätten, sollten ihre Bestimmung offen eingestehen und aus dem Verein auscheiden, da es unmöglich sei, sie im Verein zu behalten. Als von vielen Anwesenden in heftiger Weise bestritten wurde, daß sie sozialdemokratisch gewählt hätten, beantragte ein ganz gewinnungstüchtiger Kriegersvereinsler, alle Mitglieder des Vereins sollten schriftlich die Erklärung abgeben, daß sie keinen sozialdemokratischen Kandidaten gewählt oder sonst irgendwie unterstützt haben. Der Antrag wurde auch angenommen, worauf der Schriftführer die Erklärung auf der Mitgliedsliste auflegte und alle Anwesenden unterzeichnen ließ. Die abwesenden Mitglieder sollen nachträglich ihre Unterschrift geben.

Aufgedeckter Zentrumschwindel. In der Nacht zum 31. Januar wurden in Selin, Kreis Lüdinghausen, die anfänglich der Bezeichnung der Pfarrstelle mit einem neuen Pfarrer auf der Straße von der Gemeindegrenze bis zur Kirche angebrachten Girlanden und Fahnen heruntergerissen. Die „Tremonia“ in Dortmund und andere schwarze Zentrumsblätter geisterten in allen Tonarten gegen die „Kohllinge“ und gegen die „Verrohung durch die Sozialdemokratie“. Die „Kohlhauser Zeitung“ behauptete ebenso wie die „Tremonia“ frei und kühn, die Täter, die auch festgenommen wurden, seien zwei bekannte Sozialdemokraten. Demgegenüber sei folgendes festgestellt: Wahr ist, daß zwei junge Leute im Alter von 19 und 20 Jahren der Tat verdächtig verhaftet wurden und die Tat auch bereits eingestanden haben. Die Täter sind aber keine Sozialdemokraten; sondern treue Zentrumsanhänger. Sie sind weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert. Beide Täter sind auch nie Leser der „Arbeiterzeitung“ oder sonst eines sozialdemokratischen Blattes gewesen. Dagegen sind die Eltern beider Täter Abonnenten der „Tremonia“ in Dortmund. Wenn irgend eine Zeitung auf die jungen Leute eingewirkt hat, dann kann es nur die „Tremonia“ in Dortmund gewesen sein. Die Tat ist von den beiden in vollständig betrübtem Zustand ausgeführt. Aus Äußerungen, die die Täter kurz vor der Tat gemacht haben, glauben wir zu der Annahme berechtigt zu sein, daß hier einflußreiche Personen ihre Hand im Spiele haben, nur um der Sozialdemokratie ein auszuweichen zu können.

Die Überschwemmungen auf der Iberischen Halbinsel. Die heute aus Spanien und Portugal vorliegenden Nachrichten über die Überschwemmungen schildern die Lage in den betroffenen Gebieten als äußerst trostlos. In Spanien dehnen sich die Überschwemmungen fast über das ganze Land aus. Zahlreiche Flüsse sind über ihre Ufer getreten und haben die anliegenden Dörfer, die sich in dringender Gefahr befinden, unter Wasser gesetzt. Die eingetretenen Verkehrserschwerungen hindern Hilfseinstellungen. In vielen Gegenden steht die bittere Not vor der Tür. Besonders in den Provinzen Saurer und Cadix ist das Elend groß. Eine große Anzahl von Menschen, deren Beute infolge der starken Winde eine sehr erbärmliche ist, überfielen zwei Bäckermagen und ließen sie in den Besitz der Brote, um ihren Hunger zu stillen. — Auch in Portugal hat das Hochwasser furchtbare Verheerungen angerichtet. Infolge des Sturmes ist der Verkehr nach den Azoren unterbrochen. Der Tago ist über die Ufer getreten. Zahlreiche Lastschiffe sind gesunken. Die Strömung führt Brückenteile, Bäume, Vieh und Telegraphenmasten mit sich fort. Leichen, Güter, Möbel und Wracks verschiedener Art treiben im Wasser. Die Ernte ist vernichtet.

Noch ein aufgedeckter Zentrumschwindel. In Böllstein im Kreise Vingen-Alzey war während der Wahlzeit die Kirche beschmutzt worden. Diese Gemeinheit wurde dort vom Zentrum und Reichsverband genau so gegen den fortschrittlichen Reichstagskandidaten Korell zugunsten des nationalliberalen Reichsverbandskandidaten Dr. Becker benutzt, wie im Bockum der Klosterkirchenstempel gegen die Sozialdemokratie zugunsten des nationalliberalen Kandidaten Heckmann. In Vingen-Alzey nahm sich aber die Staatsanwaltschaft der Sache an und jetzt ist nach einer Mitteilung unseres Bochumer Parteiblattes ein Zentrumsanhänger als Kirchenschänder verhaftet worden.

Lebendig begraben. In Amado in Kalifornien wurden auf der Bunkerhills-Grube 65 Bergleute durch Einstürzen des Gestein infolge mangelhafter Baulebenendig begraben und konnten bisher noch nicht gerettet werden.

Die gestohlene Depeschentasche. Londoner Blättern wird auf Genf telegraphiert: Ein geheimnisvoller und klüßner Raub einer Depeschentasche, die wertvolle diplomatische Dokumente enthielt, trug sich Mittwochabend im Eyspreßzug Rom—Berlin zu. Die Tasche befand sich unter der Obhut eines hervorragenden Diplomaten, der Mitglied der deutschen Botschaft in Rom ist. Als sich der Eyspreßzug noch innerhalb der Schweiz befand, entdeckte der Diplomat plötzlich den Verlust. Man suchte das Kupee vergebens ab. Es zeigte sich, daß einige Schmuckstücken und wertvolle Gegenstände vollständig unberührt waren, woraus man schloß, daß der Diebstahl wahrscheinlich das Werk eines politischen Agenten sei. Da alles Nachsuchen fruchtlos blieb, wurde der Zug in Göschenen angehalten und es fand eine gründliche Untersuchung statt. Die Passagiere, meist Amerikaner und Engländer, wurden einem scharfen Verhör unterzogen und ihr Gepäck gründlich untersucht, doch ohne Erfolg, die Tasche blieb verschwinden.

Eine Tragödie im Eise des Niagara. Der Einsturz der Eisbrücke über den Niagara hat eine furchtbare Tragödie mit sich gebracht. Am Sonntag standen wohl 85 Menschen auf der Brücke, als plötzlich ein Knirschen durch das Eis gling. „Das Eis bricht!“ Der Schreckensruf war das Signal zu heftiger Flucht. Alles stürzte zum Ufer. Kaum zwei Minuten später begann sich das Eis zu lösen und zu treiben, doch alle hatten das Ufer erreicht mit Ausnahme des jungen Ehepaars Stanton, eines 17-jährigen Amerikaners Burrell Hecoc und eines anderen unbekanntes Mannes. Sie rannten zum amerikanischen Ufer und waren beinahe schon in Sicherheit, als ein freier Wasserstreifen sie zurücktrieb. Nun begann die Jagd nach dem kanadischen Ufer. Doch kaum 50 Meter von dem rettenden Lande sah man Frau Stanton erschöpft zusammenbrechen. Der junge Hecoc und der andere Mann waren voraus; Hecoc aber wandte sich sofort zurück, um Mr. Stanton und seiner Frau zu helfen, und diese heldenmütige Rettung kostete ihn das Leben, denn der andere Mann erreichte glücklich noch das Ufer. Wohlhülste sich das Eisstück, auf dem das Ehepaar Stanton und der junge Hecoc sich befanden, los und glitt die Stromschnelle hinab. Ein paar Sekunden später brach die Scholle mitten durch und trennte die Stanton's von dem Jüngling. Inzwischen stürmten Feuerwehrleute auf die beiden Niagara-Brücken und von der ersten ließ man ein siebzig Meter langes Tau hinab. Hecoc packte es und blieb daran hängen, während die Scholle unter ihm forttrieb; aber das Seil dehnte sich, der junge Mann geriet bis an die Brust ins Wasser und war im nächsten Augenblick von zwei herankommenden Eisblöcken schwer verundet. Noch gelang es ihm, sich zu halten, er kletterte sogar einige Fuß am Seil empor; dann aber versagte die Kraft, er begann herabzugleiten, stürzte herunter und verschwand in den eifigen Fluten. Dem Ehepaar Stanton war ein anderes Seil zugeworfen worden. Der Mann erhaschte es und versuchte, das Tau an seine Frau zu binden, aber die Gewalt der Strömung ließ das Seil reißen und das Paar trieb weiter, der zweiten Brücke entgegen. Hier wurde ein neues Seil herabgelassen und Stanton packte auch das Ende. Wieder versuchte er, seine Frau an dem rettenden Tau festzubinden, aber seine Hände waren von der Kälte bereits steif und erfroren, er war nicht imstande, das Seil zu halten, es entglitt seinen Händen, und nun war keine Rettung mehr möglich; das Schicksal des jungen Paares war besiegelt. Man sah noch von der Brücke die Frau in die Knie sinken und sich bekreuzigen. Dann zog sie der Mann an sich, hielt sie fest in seinen Armen; auch er war in die Knie gesunken, und von der Brücke konnte man sehen, wie die Köpfe sich gegeneinander neigten. In diesem Augenblick wurde die Eisblocke von einer mächtigen Woge gepackt und barst. Inmitten der knirschenden Splitter und des tosenden Wassers verschwanden die beiden eingenichteten Menschen; der Niagara hatte seine Opfer. Von beiden Ufern des Stromes aus und von beiden Brücken hatten Tausende von Menschen das schreckliche Schauspiel mitangesehen und die vergeblichen Rettungsversuche beobachtet. Die Eisbrücke, auf der die Unglücklichen gestanden hatten und die ihnen zum Verhängnis wurde, hatte sich in den letzten Wochen gebildet: ein mächtiger Eisbogen von fast 25 Metern Dicke, dreihundert Metern Breite und fünfshundert Metern Länge. Hunderte von Neugierigen und Touristen hatten in den letzten Tagen diese Brücke besucht und von ihr aus in das Tosen der Eiswasser hinabgeblüht.

Zwei Flieger verbrannt. Die Flieger der Luftschiffschule in Sebastopol, Panisch und Leon, sind auf einem Farmgangweidecker abgestürzt. Es erfolgte eine Benzinexplosion, bei der die tödlich verwundeten Flieger verbrannt wurden.

Kleine Nachrichten. In der Landsberger Straße in Berlin ist in der vergangenen Nacht im Fieberwagne eine nur auf kurze Zeit alleingelassene nervenleidende Frau aus dem Fenster gesprungen; tödlich verletzt wurde sie im Krankenhaus gebracht. — Infolge der Verletzungen, die er bei der Explosionskatastrophe in der Augsburg-Nürnberg Maschinenbau-Gesellschaft erlitten hatte, ist der 30 Jahre alte Ingenieur Doeller aus Kiel gestorben. Das ist das zehnte Opfer der Explosionskatastrophe. Der Zustand des gleichfalls schwer verletzten Oberingenieurs Schwarz ist besorgniserregend. — Die Bonner Strafkammer verurteilte den Bürgermeister Larsson aus Neunkirchen wegen Unterschlagung von ihm amtlich anvertrauten Geldern zu drei Monaten Gefängnis. — In Göttingen bei Augsburg wurden der Fabrikarbeiter Huber, seine Frau und ein Kind in seiner Wohnung durch Kohlenegas vergiftet tot aufgefunden. Drei Kinder schweben noch in Lebensgefahr. — Auf der Rodelbahn in Sobernheim ist ein Schlitten mit großer Geschwindigkeit in die Zuschauermenge gefahren. Dabei haben zehn Personen ernsthafte Verletzungen davongetragen; ein junges Mädchen hat eine Gehirnerschütterung erlitten. — Bei dem ungarischen Orte Marmoroszeg wurde ein siebenjähriger Knabe, der sich beim Tobeln veräppelt hatte, von Wölfen bei lebendigem Leibe aufgefressen. — An Kohlengasen, die in der Nacht einem Ofen entströmten, erstickte in Harlow in Essex ein Ehepaar namens Claydon. Die fünf Kinder, die im Nebenzimmer schliefen, wurden bewußtlos aufgefunden, konnten aber gerettet werden.

Genossenschaftsbewegung.

Ausnahmsbesteuerung der Konsumvereine in Preußen. Vor etwa einem Jahre brachte der Abgeordnete Hammer im preussischen Landtag einen Antrag ein, in dem die Regierung ersucht wird, eine Änderung des preussischen Einkommensteuergesetzes vorzuschlagen, so daß bei den Konsumvereinen nicht nur die Rückvergütung, sondern auch der feste Rabatt der Einkommensteuer unterliegt. Die Parteien verhielten sich im allgemeinen diesem Antrage gegenüber sympathisch. Der sozialdemokratische Redner erhob dagegen entschieden Protest, außerdem stimmten in der Kommission mehrere Mitglieder des Zentrums gegen den Antrag. In dem neuen Entwurfe zu einem neuen Einkommensteuergesetz ist von der Regierung der Antrag Hammer bereits vollständig angenommen worden. Die Regierung schlägt folgende Fassung vor: „Bei Konsumvereinen gehört zu den steuerpflichtigen Überschüssen auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengewinn oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung.“ Die Begründung dazu lautet:

Bei der Veranlagung der . . . steuerpflichtigen Konsumvereine und ähnlichen Vereinigungen ist es bisher streitig gewesen, ob diejenigen Beträge, welche diese Veranlagung vielfach ihren Warenabnehmern nach dem Verhältnisse der bezogenen Waren am Schlusse des Geschäftsjahres unter der Bezeichnung „Rabatt“ oder Kundengewinn zurückgewähren, dem steuerpflichtigen Einkommen zuzurechnen seien oder nicht. Das Oberverwaltungsgericht hat die Steuerpflichtigkeit der Beträge bejaht, wenn sie aus dem der Verfügung der Generalversammlung unterliegenden Reingewinn entnommen worden sind, es hat sie dagegen verneint für solche Beträge, auf deren Zahlung die Warenabnehmer durch den Abschluß des Kaufvertrags nach den Statuten einen von den Beschläffen der Vereinsorgane unabhängigen Anspruch erworben hatten. (Entsch. in Staatsr. S. Bd. 6 S. 385 — Bd. 11 S. 217 — Bd. 13 S. 405 — Bd. 14 S. 416 und 423.) Die gemachte Unterscheidung entbehrt der wirtschaftlichen Berechtigung, und es erscheint zweckmäßig, die Frage durch das Gesetz zu entscheiden und die Beträge, die in allen Fällen dem erzielten Geschäftsgewinn entstammen, allgemein für steuerpflichtig zu erklären. Die Änderung entspricht dem im vorigen Jahre im Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrage des Abgeordneten Hammer, der am 15. Mai 911 von der veräußerten Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses beraten und von dieser Kommission dem Plenum zur Annahme empfohlen worden ist.

Die Begründung ist wirklich außerordentlich dürftig. Wenn die Untercheidung der wirtschaftlichen Berechtigung entbehrt, dann muß man doch noch immer unteruchen, ob nicht die Besteuerung der Rückvergütung auch in ben anderen Fällen unberechtigt ist. Diese Unteruchung stellte der Verfasser der Denkschrift wohlweislich nicht an, weil ihm der Nachweis für die Notwendigkeit der Konsumvereinsbesteuerung auf jeden Fall sehr schwerfallen würde. Tatsächlich liegen die Dinge nämlich so. Die Konsumvereine sind, wie von der Wissenschaft allgemein anerkannt wird, keine Erwerbsunternehmungen, erzielen infolgedessen auch keinen Gewinn. Was sie als Rückvergütung verteilen, ist lediglich Ersparnis. Von dieser Ersparnis könnte man höchstens den Teil, der zur Bildung gemeinsamen Vermögens verwendet wird, besteuern. Eine Besteuerung der gesamten Rückvergütung ist aber durchaus unberechtigt. Trotzdem erfolgt sie seit Jahren. Die Konsumvereine haben die Steuern auch ruhig gezahlt. Nur hier und da sind sie, weil ihnen die Ungerechtigkeit doch zu arg wurde, dazu übergegangen, einen festen Rabatt einzuführen. Sobald nämlich der Käufer in dem Augenblicke des Kaufes einen Rechtsanspruch auf Rabatt hat, kann diese Summe nach dem geltenden Steuerrechte nicht mehr besteuert werden. Das ist durchaus kein Vorrecht der Konsumvereine, sondern das ist die selbstverständliche rechtliche Regelung, die für alle Händler gilt. Den Mittelständlern war es jedoch unangenehm, daß das ordentliche Steuerrecht den Konsumvereinen die Möglichkeit bot, ihre hohe Steuerumme etwas zu ermäßigen, und sie inszenierten dagegen eine Bewegung, wie man sieht, leider nicht ohne Erfolg. Es soll also nach dem Regierungsentwurfe für die Konsumvereine eine Ausnahmsbesteuerung eingerichtet werden. Der Rabatt, der überall steuerfrei bleibt, soll lediglich beim Konsumvereine besteuert werden. Das ist um so skandalöser, als die Konsumgenossenschaften schon heute sehr erhebliche Steuern zahlen, während andere Genossenschaften steuerfrei sind! Nach dem statistischen Jahrbuche für Preußen, 1910, zahlten im Jahre 1910 919 Konsumvereine 514 000 Mk. Steuern, während 926 andere Genossenschaften nur 28 860 Mk. Steuern zahlten. Man kann diese Zahl jedoch erst recht würdigen, wenn man bedenkt, daß nach der letzten Statistik der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse in Preußen insgesamt 15 767 Genossenschaften bestanden. Also rund 14 000 Genossenschaften zahlten keine Steuern. Es wird Aufgabe aller organisierten Konsumvereine sein, gegen diese neue Ausnahmsbesteuerung entschiedenen Front zu machen und die Aktion der Konsumgenossenschaftlichen Abwehrkommissionen, die wohl in nächster Zeit einzelen wird, entschieden zu unterstützen.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Was ihr wollt“, Lustspiel in 5 Akten von W. Shakespeare. Vor längerem Jahren wurde dieses Lustspiel einigemale im Wilhelm-Theater aufgeführt. Dann verfiel es wieder von der Bildfläche. Schade eigentlich, denn diese humorvolle Fastnachtsskizze mit zarter Liebeskritik auf das glükliche verbindende Verwickelungsrommé verdient ein besseres Schicksal. Die drollige Intrigue, welche die feuchtröhlichen Junker Tobias und Andreas im Verein mit dem verwickelten Kameradschaften Maria gegen den aufgeblassenen Haushofmeister Malvolto einfäden, wirkt geradezu zwerchfellerschütternd, zumal wenn sie so famos und ohne Übertreibung wiedergegeben wird, wie gestern abend an unterer städtischen Bühne. Ein trübsüßiger Tobias gab Herr Brunow mit drastischer Komik sowie hallstattischen Mäuren und entprechendem Extrierur. Das wirkungsvolle Gegenstück zu dieser gelungenen Figur war der einfältige Andreas v. Bleichenwang des Herrn Penderer. Fr. Hilprecht vervollständigte als ausgelassene Amüsterin des lustigen Streichs, welcher dem Haushofmeister gespielt wird, in better Weise das prächtige Trio. Auch der verlichte steilemene Malvolto des Herrn Nowak travazierte die Lachmuskeln der Zuhörer. Die verliebten Paare hatten in den Damen Bethke (Viola), Kömer (Gräfin), sowie den Herren Hüb (Orsino) und Schürer (Gesario) ganz vorreffliche Vertreter. Die von Herrn Direktor Juch's selbst geführte Regie hatte für ein abgerundetes Zusammenspiel und für eine hübsche isentische Fassung des Shakespeareschen Edelebens gesorgt. Das Publikum nahm die Vorstellung sehr dankbar auf. P. L.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Wener & Co. Sämtlich in Lüneck.

Inserate

finden durch den „Lünecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lünecker Volksboten“.

Am Mittwoch morgen 6 1/2 Uhr entschlies plötzlich und unerwartet unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater **Christian Dunker** im fast vollendeten 94. Lebensjahre. Tief betrauert von den Seinen.
W. Dunker und Frau nebst Kinder.
H. Dunker nebst Frau.
Lauen, den 8. Februar 1912.

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben **Ella** sagen wir allen Verwandten, Bekannten und allen unsern Kunden von Bornwerk und Umgegend, insbesondere Herrn Pastor Arendt für die tröstlichen Worte am Grabe unsern innigsten Dank.
Borwerf. Emil Buck u. Frau.

Ein freundlich möbliert. Zimmer nach vorne zu vermieten.
Georgstraße 23. II.
Eine 3-Zim.-Wohn. zum 1. April zu vermieten. Preis 150 Mk.
Näh. **Fackenburg, Segeberg, Str. 37.**
Ein Satz Ferkel u. 2 Zugänger zu verkaufen.
Moistinger Allee 146.

Ein Satz schöne traktige Ferkel zu verkaufen.
H. Lange, Mori.
Gesunden ein Portemonnaie mit Inhalt.
Abzuholen Arminstraße 40.
1 Damenmadchenanzug (Carmen) billig zu vermieten.
Klofengarten 97.

Freie Jugend Lünecks.
Sonntag, den 11. Februar 1912, von nachmittags 4 1/2 Uhr an:
Zusammenkunft im „Gewerkschaftsbaus“
Johannisstraße 60-62.
Der Jugendauschuss.

Sabelloje Margarine
liefert
Bünd 40, 70 und 75 Pfg.
Eduard Speck,
Huxstraße 80 und 82.

Zuckerhonig, das feinste!
à Pfund nur 35 Pfg.
Gr. Burgstraße 59. Ernst Voss.

Sonnabend Ausnahmetag!
6 Apfelsinen gratis beim Einkauf von 1 Mt. Kurauer Land-Genossenschafts- oder Jeronia-Brot.
Weichzeitig empfehle billig:
Muntenohl, Kopf 15-35 Pfg.
Koch- und Schäpel 15-30 Pfg.
Apfelsinen, Tugend 25-30 Pfg.
Karl Wunderlich, Straße 37.

Für Wiederverkäufer empfehle meine Mecklenburger Mettmurk und billigt Lederwurt billigt.
Bei Abnahme von 5 Pfd. frei Haus.
C. Prestin, Reichhaverstr. 60.
Fernruf 2399.

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
und anerkannt preisw. u. haltbar.
Zwirtschoten . . . 1.40 bis 3.50
Wirtschoten . . . 2.50 bis 5.50
Wauerhosen . . . 2.90 bis 7.50
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50
Schlofferanzüge 2.80 bis 5.00
Klapp- u. Sauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise rote Lubecamarken.

 **Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.**
Alle Reparaturen werden sachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Gmüthl. Vernid. bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck, Meisler Allee 6a. Fernruf. 352.

 **Willi Westfeling**
Uhrmacher und Juwelier,
Holstenstraße 32.

„Zur Hansa“
Hüchstraße 21.
Täglich von 12-3 Uhr.
Gr. bürgerl. Mittagstisch
nach der Karte a. Pension 70 Pfg.
Abonnement: 65 Pfg.
Abendstisch nach der Karte von 6 Uhr an.

Reparaturen an Uhren aller Art zuverlässig, schnell und billig.
P. H. Caislen, Uhrmacher, Adlerstraße 44.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an liefert
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstraße 46.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marienstraße 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorräthig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet: Bei Barzahlung Rabatt.
Gee rate Lubeca-Zabattmarken.

Restbestand meines Inventur-Ausverkaufs

wird zu Spottpreisen verkauft — so lange Vorrat reicht. —

Haarbesen, enorm billig 88-8	Kohlenschaufel Stück 15-8
Roßhaarbesen jetzt nur 48-8	Waschruffel, starke Einlage 65-8
Straßenbesen, Pinjava 45-8	Wecker, la. Werk 195-8
Lenwagen, groß nur 20-8	Kleiderbügel mit Strecker 48-8
Scheuerbürsten Stück 12-8	Handschuhhalter, 3 Haken 33-8
Kleiderbürsten Stück 33 u. 23-8	Wandbilder, groß 45x65 100-8

Riesen-Bazar

Breitestraße 33. **Pietro Cagna.** Breitestraße 33.

Für

Maskeraden

Tarlatan in allen Farben Mtr. 9 Pfg.
Tarlatan la. mit Gold Mtr. 18 "
Atlas in allen Farben Mtr. 98 "
Velvet in allen Farben Mtr. 98 "
Lahnband gold und silber, 10-Meter-Stück 25, 22, 18 "
Münzen gold u. silber Dtzd. 5 "
Schellen gold und silber Dtzd. 8 "
Pierretten-Ponpons Dtzd. 18 "
Atlas-Band in allen Farben Nr. 5 9 "
Atlas-Masken 28, 25, 22 "
Kopiputz 120, 98, 65, 35 "
Kolliers 75, 55, 45, 30 "
Armbänder 28, 16 "
Armreifen 35, 30 "
Ohrgehänge 20, 18, 15 "

Maskeraden-Schmuck und Besätze, Handschuhe, Strümpfe.

Markmann & Meyer
Breite Straße 44-46.



Billige Seefische!

Große Sendung blutfrische Seelachs per Pfund 18 Pfg. bei ganzen Fischen Pfd. 15 Pfg.

Kabeljau, Lengfisch, Schellfisch, lebende Brachsen, Hechte zu den billigsten Tagespreisen.

C. G. Kuhnert Söhne

Holstenstraße 21 und Markthallenstand 141-141b. Telefon 554.

Apfelsinen, süß und vollsaftig, Duzend nur 30, 40, 50 und 60 Pfg.

Eduard Speck, Hüchstraße 80 und 82.

Einladung zum Ball der Former Lübecks

verbunden mit Kappenfest am Sonnabend, dem 17. Februar 1912 im „Konzerthaus Fünfhausen“.

Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr. Das Komitee.
„Waisenhof“, Fackenburger Allee 56.
Sonnabend, den 10. Februar:
Grosse Kabarett-Vorstellung!
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
1. Platz 50 Pfg. 2. Platz 30 Pfg.

Hansa-Theater.

Sonntag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Premiere Der Brettelkönig
mit Herrn Harry Walden in der Hauptrolle.
Les Romanis 4 Atlantias Les Lanzas
Trompeter v. Jericho. Akrobaten. akrob. Tänzer.
Nachmittags 4 Uhr: Volks- und Fremden-Vorstellung zu kleinen Preisen.

! Nur diese Woche!

Reites Rindfleisch Pfd. 60 Pfg.
Bratenstücke . . . 70 "
jung. Schweinefleisch . . 60 "
Bratenstücke . . . 70 "
Kalbfleisch . . . 60 "
Leberwurst . . . 70 "
Fritz Möller, Wafenhauer 86.

Empfehle:
Delik. Leberwurst . . Pfd. 1.20 Mt.
Romun. Landleberwurst . . 1.— Mt.
ff. gefochte Weizwurst . . 1.20 Mt.
Sächsische Zerbelauswurst . . 1.40 Mt.
Pr. Knoblauchwurst . . 0.90 Mt.
Fringsalat . . . 1.— Mt.
Sonnabend 1 Uhr:
Mockturtle.
Gust. Wietzke,
Mühlenstraße 81.
Fernruf. 1871. Fernruf. 1871.

Empfehle zum Sonntag:
Ba. kernfettes Rindfl. Pfd. 70 Pfg.
Schmorbraten . . . 90 "
Rohfleisch . . . 90 "
Beefsteak . . . 120 "
Gulasch u. Gehack. . . 80 "
Kalbfleisch Pfd. 60 u. 65 "
Keule . . . 70 u. 75 "
Schweinefl. (Wrat.) Pfd. 70 "
Dammfl. Pfd. 75 u. 80 "
Kleine Rauchstücke Pfd. 80 "
Flomenschmalz . . . 80 "
H. Atmer,
Schlachterei. Königstraße 48b.
Bruma

 **junges Fleisch**
sowie dicke Flomen und sämtliche Wurstforten in bester Qualität empfiehlt
Hermann Dose
Rohschlachterei
Hundstraße 62.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und recht bei
Markt Otto Albers Kohlmarkt 4. 10.
B. kompl. Betten v. 12.50 Mt. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mt.
Rote Lubeca-Marken.

Deutscher
Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 10. Februar abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht von 1911.
2. Abrechnung vom Wintervergnügen
3. Verschiedenes.
Zahlreichem Besuch der Versammlung steht entgegen.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Maler.
General-Versammlung
am Sonnabend, 10. Februar abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung.
2. Wahlen.
3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Ludwig Puls
Original-Humorist.
Sabe ich: das Restaurant
„Catharinenburg“
Ecke König- u. Pfaffenstraße
übernommen.
NB. Sollte mein Klubzimmer
bestens empfohlen.
L. Puls.

Achtung!
Zentralverband der Maschinisten und Heizer.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 10. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Jahresbericht.
3. Bericht von der Gaukonferenz in Hamburg.
4. Aufstellung eines Kandidaten zum Verbandstag in München.
5. Wahl eines Balkomitees.
6. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Holsten - Automat
G. m. b. H. Holstenstr. 14.
Warme und kalte Speisen.
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.
Helles und dunkles Bier 10 Pf.
Fremden und hiesigem Publikum bestens empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Deutscher
Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Einladung zum Kappenfest mit Ball
der Schwartauer Kollegen
am Sonntag, d. 11. Februar
im Lokale der Ww. Studt
in Kl.-Mühlen.
Anfang 7 Uhr. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg. im Vorverkauf,
an der Kasse 60 Pfg.
Einzeln Dame 20 Pfg.
wofür Garderobe.
Das Komitee.

Franz Boy's Restaurant
Schwartau.
Tägl. Musikal. Unterhaltung.
Sonnabends: Gr. Konzert.
ff. Biere 1/2 Liter 20 Pfg.
1/10 Liter 15 Pfg., 1/20 Liter 10 Pfg.

Neues Stadttheater.
Sonnabend, 10. Februar. 7 Uhr.
Voll-Ab. 123. Außer Sonnabds. 10.
Bei kleinen Preisen!
Die Räuber.
Schauspiel von Schiller.
Sonntag, 11. Februar. 7 1/2 Uhr.
Neu einstudiert!
Der Maskenball.
Große Oper von B. Verdi.
Vorläufige Anzeige!
Freitag, 16. Februar. 7 1/2 Uhr.
Geschäftliche Preise.
Gastspiel Robert Nihil
vom „Deutschen Schauspielhaus“
in Hamburg.
Die Wildente.
Schauspiel von Henrik Ibsen.
Stadthallentheater.
Sonntag, 11. Februar. 7 1/2 Uhr.
Doktor Klaus.
Schauspiel von Ad. Arronge.
Vorverkauf täglich in den beklanteten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Rob, Kohlmarkt 18.